

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 9

PETRA SCHELM

OPFER EINER NOTSTANDSÜBUNG

Am 15. Juli wurde in der Reinecke-Straße in Hamburg-Bahrenfeld die 20jährige Berlinerin Petra Schelm von drei Polizisten eingekreist und durch einen Schuß in den Kopf aus einer Maschinenpistole getötet. Über 3000 Polizisten waren an diesem Tag in Norddeutschland am Morgen zur Großfahndung aufmarschiert. In Hamburg hatten mehrere hundert Polizeibeamte auf 15 Hauptstraßen Posten bezogen, die Maschinenpistolen griffbereit umgehängt. Etwa 1600 Fahrzeuge wurden an diesem Tag überprüft. Das war die bisher größte Polizeiaktion in der BRD seit dem KPD-Verbot. Zum ersten Mal wurde eine solche Aktion im Verbund mehrerer Länderpolizeien mit dem Grenzschutz unter der Leitung der Sicherungsgruppe Bonn zentral durchgeführt. Es fehlten nur noch die Partisanen-Bekämpfungseinheiten des sogenannten "Heimatschutz"! Beklemmend ist die Präzision, mit der die Polizeiaktion durchgeführt wurde. So läßt z. B. die systematische, auf Minuten genau geplante Abriegelung von ganz Hamburg auf monatelangen Drill und längere Planung schließen.

DAS WAR EINE NOTSTANDSÜBUNG !

Ein Bericht in der Zeitschrift "Die Polizei" (Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen) vom 8. Juli 1969 beschreibt eine ähnliche Übung. Es heißt da u. a. : "Übungsabschnitt B - Fahndung nach motorisierten Bankräubern und ca. 30 entwichenen Straftätern. Der Übungszweck zielte darauf ab, daß ein gemeinsamer Einsatz der Bereitschaftspolizeien der norddeutschen Länder, einer Abteilung Bundesgrenzschutz, einer Grenzschutzfliegerstaffel, die Kräfte der Polizeieinzeldienste und die Landeskriminalpolizeien unter einer zentralen Führung durchgeführt werden konnte."

Der Bericht merkt an, es sei "mit dieser Übung gezeigt worden, daß ein Einsatz verhältnismäßig starker Kräfte - selbst aus mehreren Ländern - nicht nur möglich, sondern auch durchaus praktikabel ist". Ob das angegebene Übungsziel im rechte Verhältnis zum Aufwand steht, sei Nebensache, denn "in letzter Konsequenz kommt es darauf an, den Einsatzwert, die Schlagkraft und das ganze Funktionieren der Polizei zu überprüfen,

INHALT

- 4 ZUR KRITIK DER ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)
- 7 15 JAHRE KPD-VERBOT
- 10 ARBEITSPAPIER KOMMUNISTISCHER ORGANISATIONEN UND GRUPPEN ZUM EINHEITLICHEN VORGEHEN IN DER METALL-TARIF-AUSEINANDERSETZUNG (Wortlaut)
- 13 ZU EINIGEN PUNKTEN DER DISKUSSION UM DAS ARBEITSPAPIER
- 17 ZUR REISE NIXONS NACH CHINA

und dazu sollte jeder Übungsfall recht sein, wenn er nur die gewünschten Erprobungen ermöglicht."

Der Bericht vermerkt kritisch, zur besseren Einübung solcher Aktionen "müßten viele Übungen dieser Größenordnung in Großstädte verlegt werden" - das sei indessen nicht möglich.

Hier hat die Polizei mit der Jagd auf den Popanz "Baader-Meinhof-Gruppe" inzwischen Abhilfe geschaffen. Der Einsatz hunderter schwerbewaffneter Polizisten auf Großstadt-Straßen ist möglich geworden.

Es begann vor mehreren Monaten mit der Absperrung von Autobahnen und Hauptstraßen, als deren Grund die "Fahndung nach Alkoholsündern" angegeben wurde. Hier wurden Großaktionen wie die von 15. Juli vorbereitet.

Und weitere Großaktionen sind geplant und werden vorbereitet: "Es heißt, daß sich die Ermittlungsbehörden darauf einrichten, im kommenden Herbst einen entscheidenden Schlag zu führen." (Hamburger Abendblatt, 16.7.) Wie die Polizei-Führung sich diesen "entscheidenden Schlag" denkt, kann man ahnen, wenn Bundesanwalt Martin erklärt: "es sei zu befürchten, daß sich in einzelnen Städten - Hamburg, Heidelberg und München - örtliche

kriminelle Gruppen nach dem Vorbild der Baader-Meinhof-Gruppe gebildet hätten... ", deren Ziel "die Umkehrung der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik mit gewalttätigen Mitteln" sei. In Heidelberg wurde inzwischen eine großangelegte Aktion durchgeführt, in deren Verlauf ein ganzer Häuserblock abgeriegelt und ein Dutzend Wohnungen durchsucht wurden. Mitglieder des Sozialistischen Patienten-Kollektivs wurden verhaftet.

Es ist zu befürchten, daß die Polizei in den kommenden Monaten oder Wochen einen Schlag gegen kommunistische Organisationen und Gruppen vorbereitet, die vor allem in Hamburg, München und Westberlin lokalisiert werden. Die angebliche Existenz lokaler "Ableger der Baader-Meinhof-Gruppe" ist nichts weiter als ein Vorwand.

Eine solche Aktion wurde bereits am 27. Januar geübt, als gleichzeitig in sieben verschiedenen Städten und Ortschaften Hausdurchsuchungen - selbstverständlich ohne das geringste Ergebnis! - bei demokratischen Persönlichkeiten vorgenommen wurden wegen des angeblichen Verdachts, Mitglieder der "Baader-Meinhof-Gruppe" zu verstecken.

Der Angriff zielt auf die Arbeiterklasse

Von Innenminister Genscher wurde die "Baader-Meinhof-Gruppe" zum "Staatsfeind Nr. 1" erklärt.

Aber klar ist, was Hamburger Arbeiter, Schüler und Studenten am 23. Juli während einer Protest-Demonstration gegen den politischen Mord an Petra Schelm in Sprechchören zum Ausdruck brachten:

"Der Staatsfeind, den sie wirklich hassen - sind organisierte Arbeitermassen!"

Der "Baader-Meinhof-Gruppe" wird vorgeworfen, bei Banküberfällen etwa 350 000 Mark erbeutet zu haben. Das ist für die Kapitalisten ein ganz kleiner Fisch! Der Streik bei der Nordeutschen Affinerie während der Chemie-Runde vor einigen Wochen hat die Kapitalisten mehrere Millionen Mark gekostet. Das ist die Größenordnung, in der die Kapitalisten rechnen!

Auf die Kapitalisten kommt eine Wirtschaftskrise zu, deren Ausmaß und Endpunkt noch gar nicht abzusehen sind. Der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten um Rohstoffgebiete und Absatzmärkte verschärft sich. Gleichzeitig hat die westdeutsche spontane Arbeiterbewegung seit der Krise 1966/67 und verstärkt seit den Septemberstreiks 1969 einen neuen Aufschwung genommen. Nach Überwindung anfänglicher "links"-sektiererische Tendenzen sind überall in der BRD lokale kommunistische Zirkel entstanden, die ihre Zusammenarbeit immer mehr verbessern und sich der Übereinstimmung in den Grundfragen nähern.

Die Kapitalisten können kaum auf ein so weitgehend passives Verhalten der Arbeiterklasse rechnen wie während der Krise von 1966/67. Sie befürchten im Gegenteil eine wachsende "Radikalisierung" der Arbeiter.

Werkschutz

Auf eine solche Situation haben sich die Kapitalisten langfristig vorbereitet. Im "Werkschutz" hat sich die Kapitalistenklasse eine straff organisierte Privatarmee aufgebaut, die schon Anfang der 60er Jahre rund 60 000 gut ausgebildete, teilweise mit automatischen Waffen ausgerüstete und oft sogar kriminalpolizeilich geschulte Männer umfaßte.

Im Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen

zur Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben der Privatwirtschaft" des Kapitalistenverbandes BDI werden die Aufgaben des "Werkschutz" folgendermaßen beschrieben:

- Schutz sämtlicher gefährdet erscheinender Industrie- triebe
- Sicherung gegenüber Spionage und Sabotage
- Bildung von Betriebsschutzorganen
- Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Be- triebsschutz-Formationen
- Beschaffung von Kenntnissen über ordnungsfeind- liche Personen und Organisationen, über deren Ar- beitsmethoden und Ziele
- ständiger Kontakt zu den staatlichen Sicherheitsor- ganen

Die Aktivitäten des "Werkschutzes" werden auf Bundes- ebene koordiniert durch die "Beratungsstelle für Be- triebsschutz". Über die "Beratungsstelle" bestehen enge Kontakte zu den Behörden des "Verfassungsschutz". Die Kapitalisten sind dabei jedoch auf die Wahrung ihrer "Selbstverantwortlichkeit" bedacht.

In den letzten Jahren hatten die Kapitalisten die Gele- genheit benutzt, im Windschatten der seit 1965 verstärkt geführten Debatte über Notstand und Notstandsgesetzge- bung neue Realitäten zu schaffen.

Es gibt kaum ein größeres Werk in der BRD, in dem nicht ein besonderer "Sicherheitsbeauftragter" säße. Inzwischen ist der "Werkschutz" dreifach gegliedert:

- der "Äußere Werkschutz" sichert das Betriebsge- lände
- die "Werkpolizei" überwacht die Belegschaft, er- gänzt durch
- die "Spionage Abwehr"

Hauptaufgabe des "Werkschutz" soll die Niederschlagung von Streiks sein. Daher werden bereits jetzt in manchen Fällen während Streiks Waffen an den "Werkschutz" aus- gegeben.

Notstandsgesetze

Über das Grundgesetz der BRD von 1949 war schon sehr bald von den Kapitalisten zu hören, es sei zwar "für Schönwetterzeiten" in Wirtschaft und Politik ganz passabel, aber ungeeignet "für Zeiten, wo graue Wolken am Himmel stehen", d.h. wo der Klassenkampf sich verschärft.

Es gab daher immer wieder Entwürfe für eine "Notstandsgesetzgebung". Aber erst 1968 - als die zunehmenden Schwierigkeiten des BRD-Imperialismus und der Aufschwung der Arbeiterbewegung sich immer deutlicher abzeichnete - wurde mit den Stimmen der SPD ein solches Gesetz beschlossen.

Es sieht die folgenden Fälle vor :

1. **Verteidigungsfall (Zustand äußerer Gefahr) :** ist gegeben, wenn der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit feststellt, "daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht." (Art. 115, a, Abs. 1) Es reicht also die bloße "Drohung" aus, wobei darüber auf Grund von angeblichen "Geheiminformationen" der Spionage-Dienste usw. entschieden werden kann, die von den Abgeordneten selbst bei guten Willennachprüfbar wären. Es sei nur daran erinnert, daß z.B. der faschistische deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941 mit einem angeblichen "unmittelbar drohenden Angriff" motiviert wurde.

Anstelle des Bundestages kann auch der "Gemeinsame Ausschuß" (ein Notstandsgremium) oder der Bundespräsident entscheiden, wenn einem Zusammentreten des Bundestages "unüberwindliche Hindernisse" entgegenstehen oder der Bundestag nicht bereit ist, "sofort die Feststellung (des Verteidigungsfalles) zu treffen". Durch diese Bestimmung kann der Bundestag weitestgehend ausgeschaltet werden.

2. **Spannungsfall :** kann ebenfalls vom Bundestag mit Zweidrittel-Mehrheit festgestellt werden (Art. 80 a, Abs 1). Der Spannungsfall ist im Gesetz nicht näher definiert !! Spannungsfälle sind offiziellen Erklärungen zufolge vor allem internationale Krisen wie z.B. die Blockade Kubas durch die USA 1962, die israelische Aggression 1967 oder politische Unruhen in einem Nachbarland (Mai 1968 in Frankreich !)

3. **Innerer Notstand :** ist gegeben im Fall einer "drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes". (Art. 87 a, Abs 4).

Die Bundesregierung (bzw. die Länderregierungen) kann eigenmächtig und ohne Befragung des Bundestages (bzw. der Länderparlamente) die Polizei und Streitkräfte einsetzen.

Im Notstandsfall kann die Aufhebung der demokratischen Rechte ausgesprochen werden, wie etwa der Versammlungsfreiheit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnorts, des Streik-Rechts, des Post- und Fernmelde- Geheimnisses.

Polizei übt Notstand

Die "Baader-Meinhof-Gruppe" ist in erster Linie für die Polizei Übungsobjekt, um - wie es in dem oben zitierten Bericht der Zeitschrift "Die Polizei" hieß - "den Einsatzwert, die Schlagkraft und das ganze Funktionieren der Polizei zu überprüfen". Um "die gewünschten Erprobungen" vorzunehmen für kommende Notstandsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Innenminister Genscher (FDP) hat begonnen, einen alten Plan seiner Vorgänger von der CDU/CSU in die Tat umzusetzen, nämlich die Zentralisierung der Polizei und den Ausbau des Bundesgrenzschutzes als Bürgerkriegsarmee.

Bisher war der Aufgabenbereich des Bundesgrenzschutz so definiert : "Das Bundesgebiet gegen verbotene Grenzübertritte... (und) gegen sonstige die Sicherheit der Grenzen gefährdenden Störungen der öffentlichen Ordnung im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km". Indessen wurde dieser Rahmen schon längst durchbrochen. So werden Einheiten des BGS vor allem zum "Objektschutz" vor Regierungsgebäuden und Botschaften eingesetzt. Während der Demonstration gegen den Springer-Konzern in Hamburg (im Frühjahr 1968) und der Fahrpreis-Aktionen in Hannover (1969) wurden Einheiten des BGS "in Reserve gehalten" - der Einsatz des BGS als Bürgerkriegsarmee wurde vorbereitet.

Seit mehr als einem Jahr führen Einheiten des BGS Übungen durch, in denen der Einsatz gegen Demonstrationen und Streiks geübt wird.

In die 1965 in Kraft getretenen neuen Richtlinien für die Polizei-Verwendung sind die Erfahrungen der Faschisten bei der Partisanen-Bekämpfung in Rußland und der Polizei und Reichswehr bei der blutigen Unterdrückung von Arbeiteraufständen während der Weimarer Republik eingearbeitet worden. Im Ausbildungshandbuch (W. Schell, Polizeiverwendung, Hamburg, 1966) heißt es dazu u.a. :

die "schnelle, erfolgreiche Bekämpfung kleiner Gruppen in den ersten Anfängen kann ein lawinenartiges Anwachsen von Unruhen verhindern." (S. 142) Das Auftreten der Polizeikräfte solle "bewußt demonstrativen Charakter" erhalten, um die Bevölkerung einzuschüchtern und die Aufständischen von ihren Sympathisanten zu isolieren. "Alle Maßnahmen müssen sicher und bestimmt getroffen werden. Das Zeigen starker Kräfte an Unruheorten kann ohne besondere Maßnahmen zu dem gewünschten Erfolg führen." (S. 142)

"Der Ausbruch größerer Störungen kann durch vorbeugende Durchsuchungen, Eigentums- und Freiheitsentziehungen und Beschränkungen sonstiger Art... verhindert werden..." (S. 158)

Das Ausbildungshandbuch beschreibt auch die verschiedenen Abstufungen der "Bandenbekämpfung", nämlich den Einsatz von "Streifkommandos", "Razzien", "Abriegelungsaktionen" und schließlich "Angriff und Hetzjagd".

Die Polizeikräfte sollen "bei jedem Kampfeinsatz den Feuerüberfall anstreben und bei überraschenden Begegnungen schlagartige Feuereröffnung" (S. 195). Später kann man dann immer noch behaupten, es habe sich wieder einmal um "Notwehr" gehandelt.

KAB ARBEITER
ZEITUNG

August 1971

Herausgeber : Gruppe KOMMUNISTISCHER
ARBEITERBUND Hamburg

Anschrift : Joachim Welsch
2 Hamburg 39
Alsterdorferstr. 375 c

Postscheckkonto : J. Welsch
Hamburg 3490 22

Die KAB-ARBEITERZEITUNG erscheint jeweils in der ersten Hälfte eines jeden Monats.

Preis - . 70 (einschl. Porto)

Abonnements und Versand einzelner Nummern nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das o. a. Postscheckkonto.

ZUR KRITIK DER RAF

Es wird oft gesagt, daß die "Baader-Meinhof-Gruppe", die sich selbst als Rote Armee Fraktion bezeichnet, dem kapitalistischen Staatsapparat Vorwände zum Schlag gegen kommunistische Organisationen und Gruppen liefert.

Die RAF selbst sagt dazu: "Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der Bundesrepublik und Westberlin gemeint... Wir wissen, daß unsere Arbeit Vorwände liefert, wie der Alkohol für Willi Weyer" (das bezieht sich auf die großangelegten Straßenkontrollen in Nordrhein-Westfalen, die als "Fahndung nach Alkohol-Sündern" motiviert wurden); "und die steigende Kriminalität für Strauß und die Ostpolitik für Barzel..."

Es ist klar, daß die Kapitalisten immer diesen oder jenen Vorwand für ihre arbeiterfeindlichen Handlungen finden werden - sei es nun der Reichstagsbrand 1933 oder die Bombenanschläge angeblicher Anarchisten auf Banken in Italien 1970.

Hieraus der RAF einen Vorwurf zu machen, hieße schlicht: Ursache und Wirkung vertauschen. Kritik wäre allerdings dann zu üben, wenn eine Prüfung ihrer Theorie und Praxis zum Schluß führen würde, daß sich die Tätigkeit der RAF weitgehend auf das Liefern von Vorwänden beschränkt.

Die Diskussion über Programm und Vorgehen der RAF wird eher von den gängigen bürgerlichen Verleumdungen bestimmt als von Selbstdarstellungen der Beteiligten. Es wird oftmals - zumindest unbewußt - so diskutiert, als wäre die RAF in der Tat das, als was die Polizei und Presse sie darstellen, als hätte sie all die ihr zugeschriebenen z. T. idiotischen Handlungen tatsächlich durchgeführt und geplant.

Von daher wird dann als selbstverständlich geglaubt, daß Petra Schelm zuerst geschossen hat, bevor sie getötet wurde, daß Petra Schelm im Grunde nicht ganz zu Unrecht verfolgt und getötet wurde usw. Der solidarische Protest gegen den Mord an Petra Schelm, gegen Polizei-Terror und Notstandsmaßnahmen blieb daher äußerst schwach, verglichen z. B. mit der Reaktion auf den Tod von Benno Ohnesorg oder den Mordanschlag auf Rudi Dutschke.

Darin kommt die gefährliche Tendenz der antikapitalistischen Bewegung zum Ausdruck, vor den politisch-ideologischen Angriffen der Kapitalistenklasse Schritt um Schritt zurückzuweichen und sich gegeneinander ausspielen zu lassen.

Grundlage der zweifellos notwendigen solidarischen Kritik an der RAF kann allerdings nur ihr wirkliches Programm und Praxis sein, nicht aber der pauschale "Anarchismus"-Vorwurf oder gar die Berichterstattung der BILD-Zeitung.

Das Konzept Stadtguerilla

Der folgenden kurzen Darstellung ist zugrunde gelegt die Schrift "DAS KONZEPT STADTGUERRILLA" der RAF von Anfang dieses Jahres, die uns gegenüber den verbreiteten Fälschungen u. a. des "Spiegel" (angebliches Interview Ulrike Meinhofs mit einer französischen Journalistin) authentisch erscheint.

Der Name Rote Armee Fraktion leitet sich her von einer gleichnamigen japanischen Studenten-Organisation, die 1969 entstand und durch die Entführung einer Boeing 727 nach Korea bekannt wurde.

Die Kritik der Westberliner Zeitung "883" an dieser japanischen Organisation muß weitgehend auch für die RAF gelten:

"Solange die Genossen die Parole von der internationalen Weltrevolution nicht für die japanischen Verhältnisse konkretisieren, wird die Rote Armee Fraktion eine mutige studentische Kampfgruppe bleiben, die immer wieder Gefahr läuft, von der Konterrevolution aufgerieben zu werden. Für die Rote Armee Fraktion ist die technische Vorbereitung der Revolution zur Hauptaufgabe geworden. Da sie diesen Kampf aber nicht im Proletariat vorbereitet und vorantreibt, ist die Revolution eine Parteisache geworden und nicht der einheitliche Kampf des Proletariats.

Der militärische Kampf einer entschlossenen Avantgarde kann den Klassenkampf nicht ersetzen."

Es ist allgemein üblich geworden, die Genossen von der RAF als "Anarchisten" einzuordnen. Es ist nicht ganz klar, welche Kriterien dem zugrunde liegen, außer gewisser Ähnlichkeit einiger Kampfformen. Fest steht, daß die Bezeichnung "Anarchisten" unter der gegebenen Umständen einen ausgesprochen diffamatorischen Charakter hat, indem sie der faschistischen Demagogie von "Ruhe und Ordnung" Vorschub leistet. Wenn also z. B. die UZ von einer "winzigen Gruppe von Anarchisten" schwätzt, so erweist sich sie damit nur als verlängerter Arm der bürgerlichen Presse, der auch in jene "linken" Ecken reicht, wo BILD und "Morgenpost" nicht mehr hinlangen.

Die Genossen der RAF sind nach eigener Auskunft

Umfrage: 10 Prozent für Baader-Meinhof

bdg. Hamburg, 21. Juli

Jeder zehnte Norddeutsche würde Angehörigen der Baader-Meinhof-Gruppe Unterschlupf gewähren, sie vor der Polizei verdecken. Dieses Ergebnis einer Meinungsumfrage veröffentlichte das Institut für Demoskopie gestern in Allensbach. Die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik reagiere jedoch anders: 68 Prozent würden keinen Unterschlupf gewähren, 27 Prozent wären ohne Meinung, und nur fünf Prozent würden sympathisieren.

"keine Blanquisten und keine Anarchisten, obwohl wir Blanqui für einen großen Revolutionär und den persönlichen Heroismus vieler Anarchisten für ganz und gar nicht verächtlich halten."

"Wir setzen nicht auf die spontane antifaschistische Mobilisierung durch Terror und Faschismus selbst und halten Legalität nicht nur für Korruption und wissen, daß unsere Arbeit Vorwände liefert..." Die RAF erkennt grundsätzlich an, daß die Organisation illegaler, bewaffneter Widerstandsgruppen kein Ersatz sein kann für legale proletarische Organisationen, daß ferner der bewaffnete Kampf kein Ersatz sein kann

MORGENPOST

für die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil. Sie meinen, daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und Fortschritt des anderen ist". Die RAF erklärt sich als Teil der kommunistischen Bewegung und gibt als ihr Ziel den Sturz der Kapitalistenherrschaft und Errichtung der Diktatur des Proletariats an.

Pessimistische Analyse

Daß sie innerhalb der prinzipiellen Anerkennung aller Kampfformen den Schwerpunkt auf die bewaffneten Aktionen legen, ergibt sich aus einer bestimmten Analyse des Imperialismus und Einschätzung des Standes der Arbeiterbewegung in der BRD.

"Das Konzept der Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin", heißt es in der RAF-Schrift DAS KONZEPT STADTGUERRILLA.

Das ist noch sehr zurückhaltend umschrieben. Genau gesagt leiten sich die Vorstellungen der RAF aus einer durch und durch pessimistischen Einschätzung der Situation her.

Die RAF hebt in ihrer Analyse die wirtschaftliche und politische Stärke des BRD-Imperialismus hervor. Mit den Notstandsgesetzen ist das Instrument zur Zerschlagung jeder selbstständigen Entwicklung der Arbeiterbewegung geschaffen. Durch die Einrichtung der SPD/FDP-Regierung sind weitere Möglichkeiten geschaffen, durch "staatlichen Dirigismus, mit Lohnleitlinien und Konzertierter Aktion" die Entwicklung der Arbeiterbewegung einzudämmen.

"Die Septemberstreiks 1969 zeigten, daß man den Bogen zugunsten des Profits überspannt hatte, zeigten in ihrem Verlauf als nur-ökonomische Streiks, wie fest man das Heft in der Hand hat..."

Die Neue Ostpolitik "erschließt dem Kapital neue Märkte". Eine Reserve von annähernd zwei Millionen ausländischen Arbeitern gibt dem westdeutschen Imperialismus Spielraum im kommenden wirtschaftlichen Abschwung, diese gegen die westdeutschen Arbeiter als Druckmittel auszuspielen, "ohne ein Heer von Arbeitslosen verkraften zu müssen, ohne die politische Radikalisierung dieser Massen am Hals zu haben."

"Die politischen Möglichkeiten" - so schließt die Analyse - "des Imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen Variante erschöpft; seine Fähigkeiten, die von ihm selbst erzeugten Widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am Ende."

"Primat der Praxis"

"Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinheitlichungsprozesses sein kann."

Das gibt - zusammen mit der oben erwähnten Imperialismus-Analyse - die aktuelle Situation der Klassenkämpfe und von daher der kommunistischen Bewegung in der BRD recht zutreffend wieder. Gerade eine solche Lage der Dinge macht es aber erforderlich, verstärkt an der Organisation und revolutionären Strategie und Taktik zu arbeiten, gestützt auf die Arbeit in den Betrieben und in den Stadtteilen.

Die RAF aber folgt aus ihrer Analyse, es müsse ein "Primat der Praxis" vor Theorie und Organisation gelten. Es müsse eine "revolutionäre Initiative" ergriffen werden, denn: "Die Klassenanalyse, die wir brauchen, ist nicht zu machen ohne revolutionäre Praxis, ohne revolutionäre Initiative".

Daran ist soviel richtig, daß es losgelöst von der Praxis auch keine revolutionäre Theorie gibt. Wenn im Widerspruch von Theorie und Praxis auch zur Zeit die Theorie Hauptseite ist, so bedeutet das keineswegs, daß die Theorie losgelöst von der Praxis entstehen soll. Vielmehr ist die revolutionäre Theorie Ausdruck der Verbindung der Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus mit den Kampferfahrungen der Arbeiterklasse-

Bei der RAF indessen geht der enge, dialektische Zusammenhang zwischen Praxis, Organisation und Theorie flöten.

Nach der frisch-fröhlichen Devise Fidel Castros: "Mit der Partei oder ohne die Partei - die Revolution kann nicht warten", werden alle theoretischen und organisatorischen Probleme kurzerhand beiseite geschoben.

Außerdem hat die RAF einen arg verkürzten "Praxis"-Begriff, denn dieser beschränkt sich recht betrachtet auf den "bewaffneten Kampf".

"Wir behaupten, daß die Organisation von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist.", sagt die RAF.

Die RAF kann darauf verweisen, daß sie in Worten ja doch die prinzipielle Gleichberechtigung bewaffneter Aktionen und der Betriebsarbeit, legaler und illegaler Organisation anerkannt hat, also in Worten den "bewaffneten Kampf" durchaus nicht als einzige Kampfform betrachtet.

Indessen werden dann doch all jene Organisationen, die die Betriebsarbeit in Angriff genommen haben, als "praxislose Schwätzer" abgetan, die sich kaum noch von der revisionistischen DKP unterscheiden würden. Hier zeigt sich, daß Betriebsarbeit eben doch nicht als Praxis erkannt wird.

Eine Verbindung von bewaffnetem Kampf und anderen Kampfformen (Arbeit unter den Massen etwa) scheidet für die RAF selbst sowieso aus:

"Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basis-Arbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozess mitbeeinflusst, Erfahrungen macht, lernt... Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über die Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt soweit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will..."

Wie ein Fisch...

...auf dem Trocknen?

Da die Verbindung mit jeder Form von Basis-Arbeit ausscheidet, reduziert sich das Konzept der RAF auf eine "Stadtguerilla" außerhalb der Logik des Klassenkampfes. Das beinhaltet zugleich ihre weitgehende Isolierung von den Massen. "Stadtguerilla" aber ohne Unterstützung breiter Massen ist schlechterdings gefährlicher Unfug.

Die RAF erklärt, von den Erfahrungen des Kampfes im Ausland lernen zu wollen. Sie scheint aber außerstande, die elementarste Lehre aus diesen Kämpfen zu erkennen: daß es ohne Unterstützung durch die Massen zwar Opfer, aber keine Erfolge geben wird.

Eine Organisation wie z. B. die Revolutionäre Armee in Nordirland (IRA) hat die Unterstützung des Volkes, sie verbindet den bewaffneten Angriff auf faschistische Polizei und britische Kolonial-Armee mit Revolten der Volksmassen. Darin liegt ihre Stärke.

Was die Organisation der Tupamaros in Uruguay angeht so ist ihr Kampf eng verknüpft mit der Gewerkschaftsbewegung des Landes. Der Gewerkschaftsführer Sendic gilt als führendes Mitglied der Tupamaros.

So heißt es u. a. in einem Papier der Tupamaros:

"... die Arbeit unter den Massen, welche das Volk dazu führt, eine revolutionäre Stellung einzunehmen, ist ebenso wichtig... Wenn wir mit einem Genossen diskutieren, der innerhalb einer Gewerkschaft oder einer anderen Massenbewegung arbeitet, sollten wir dies mit dem Ziel tun, daß er versucht, eine Atmosphäre zu schaffen, eine Gruppe zu organisieren - innerhalb der Gewerkschaft oder

der Gewerkschaftsbewegung insgesamt - die die bewaffnete Truppe unterstützen... wenn immer möglich soll er die Gewerkschaft und ihren Kampf radikalisieren, sie zu neuen Stufen im Klassenkampf führen..." (zit. nach dem Aufsatz von Carlos Nunez in TRICONTINENTAL, Nr. 10, Havanna, Jan./Febr. 1969)

In China schließlich, das bisweilen von Vertretern des "Konzept Stadtguerilla" angeführt wird, war der Aufbau einer Roten Volksbefreiungsarmee eng verknüpft mit der revolutionären Bauernbewegung.

In "Mehr Sorge um das Alltagsleben der Volksmassen, mehr Aufmerksamkeit den Arbeitsmethoden (1934) beschreibt Mao Tse-tung sehr anschaulich die Arbeitsweise einiger Funktionäre, die nur von der Stärkung der Roten Armee, Transportproblemen und anderen technischen Fragen der Kampfführung sprechen wollten. Die Resultate waren sehr gering. Dort aber, wo sich die Funktionäre um die Alltagssorgen des Volkes kümmerten und diese in den Vordergrund ihrer Arbeit stellten, dort machte auch der Aufbau der Roten Armee große Fortschritte.

"Allen praktischen Fragen des täglichen Lebens der Volksmassen müssen wir unsere Beachtung schenken. Wenn wir diesen Fragen unsere Aufmerksamkeit zuwenden, sie lösen und die Bedürfnisse der Volksmassen befriedigen, werden wir zu wahren Organisatoren des Lebens des Volkes, die Massen werden sich wirklich um uns scharen und uns von ganzem Herzen unterstützen..." (Mao Tse-tung)

Daß sich die kämpfenden Einheiten "im Volk bewegen können wie der Fisch im Wasser", ist eine der Grundbedingungen dieser Kampfform.

Die RAF dagegen wird auf Grund ihrer Isolierung kaum jemals in die Lage kommen, mit Erfolg zu kämpfen. Die von ihr erlittenen Niederlagen - Verhaftung oder Tod von Genossen - demonstrieren nur aufs neue die scheinbare Unbesiegbarkeit des Imperialismus. Von diesen Kämpfen geht nicht Ermutigung aus, sondern Resignation. Sie unterstützen die imperialistische Ideologie von der Aussichtslosigkeit jeder Auflehnung. Sie dienen nicht der Überwindung, sondern der Verlängerung der Schwäche der revolutionären Kräfte.

Wenn die RAF sagt, es sei falsch, den revolutionären Kräften "Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputt gemacht werden können", dann ist es genau das, was ihr vorzuwerfen ist.

Lenin über den Terror

Die RAF verabsolutiert eine bestimmte Kampfform, nämlich die des individuellen Terrors. Auf die RAF paßt recht gut, was Lenin in seiner Mai 1901 erschienenen Schrift WOMIT BEGINNEN? über die russischen Terroristen schrieb:

"Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.

Doch das Wesen der Sache besteht darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem eng verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbstständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffs. Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen Organisationen kann ja der Terror auch nichts anderes sein. Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen

Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten."

Genau diesen Fehler enthält jedoch die "Stadt-Guerilla"-Konzeption der RAF. Die von ihr befürworteten "bewaffneten Aktionen" entziehen sich der Logik des Klassenkampfes, sind losgelöst vom Kampf in den Betrieben, losgelöst auch von den legalen und illegalen Organisationen der Arbeiterklasse.

Das kann zu diesem Zeitpunkt auch nicht anders sein, da die zentrale politische Organisation fehlt, die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse, die in der Lage wäre, alle Kampfformen der Arbeiterbewegung miteinander zu verbinden. Und nur in der Verbindung aller Kampfformen erhält überhaupt erst jede von ihnen ihr Gewicht.

Weder Abenteuer noch Revolten...

Wir können als Kommunisten den Fehler der RAF nicht darin sehen, die Frage bewaffneter Aktionen gestellt zu haben. Das ist im Gegenteil ihr Verdienst, in einer Situation, wo der die Arbeiterbewegung überwuchernde Opportunismus diese Frage aus der Diskussion zu drängen versucht.

Aber wir kritisieren die RAF, weil sie diese Frage individualistisch und einseitig zu lösen versucht.

Der RAF ist zuzustimmen, wenn sie feststellt:

"... daß dann, wenn die Situation reif sein wird für den bewaffneten Kampf, es zu spät sein wird, ihn erst vorzubereiten."

Es wäre eine gefährliche Illusion, den Imperialismus allein durch einen bewaffneten Aufstand der werktätigen Massen stürzen zu wollen. Die Geschichte zeigt, daß solche Aufstände regelmäßig blutig niedergeschlagen wurden, wenn sie nicht eng verbunden waren mit militärischen Aktionen einer disziplinierten, hoch organisierten revolutionären Vorhut. Es wäre also geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, wenn die Kommunistische Partei propagandistisch und agitatorisch auf die Massenkonfrontation mit dem Imperialismus hinarbeiten würde, ohne die militärische Seite ebenfalls vorzubereiten, und so den Sieg der Revolution sicherzustellen.

Es ist aber eine Torheit, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, hier und heute "die Rote Armee aufbauen" zu wollen, wie die RAF in einer Erklärung verkündet hat.

"Weder Abenteuer noch Revolten, weder vereinzelter Widerstand noch aussichtslose Versuche, sich einzeln der Reaktion zur Wehr zu setzen, können der Sache dienen, sondern nur das klare Erkennen der Lage, die Ausdauer und Standhaftigkeit der Avantgarde der Arbeiter, die Vorbereitung der Kräfte zum bewaffneten Aufstand."

(Lenin)

15 JAHRE KPD-VERBOT

Die Verfolgung und Unterdrückung von Kommunisten und anderen Teilen der organisierten Arbeiterschaft hat eine lange Tradition in der Geschichte der BRD. Von den Faschisten 12 Jahre lang unterdrückt, ist die KPD in der "demokratischen" Bundesrepublik seit nunmehr 15 Jahren verboten.

1945 schien der Faschismus endgültig überwunden. In den Betrieben erkämpften sich die Arbeiter umfassende Mitbestimmungsrechte. Selbst die CDU war zu dieser Zeit gezwungen, "anti-kapitalistisch" nach außen hin aufzutreten. So sah z. B. ihr Ahlener Programm die Überführung wichtiger Industrie-Zweige in Öffentliches Eigentum vor.

Mit dem Wiedererstarken der reaktionären Kräfte - vor allem durch Unterstützung der USA - wurde der Gegenschlag gegen die Arbeiterklasse geführt. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 machte die in den Betrieben erkämpften demokratischen Rechte null und nichtig.

Voraussetzung war die Unterdrückung jeder politisch-ideologisch selbstständigen Entwicklung der Arbeiterbewegung, insbesondere durch Verfolgung von Kommunisten und linken Sozialdemokraten.

Bereits im September 1950 war den Arbeitern und Angestellten des Öffentlichen Dienstes die Mitgliedschaft in KPD, Freier Deutscher Jugend (FDJ) und Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regime (VVN) verboten worden.

Anfang März 1951 entschied die Adenauer-Regierung: "Firmen, die nach Erlass dieser Warnung verfassungsfeindlichen Organisationen wirtschaftliche Vorteile durch Leistung von Beiträgen, Aufgabe von Werbe-Anzeigen oder in sonstiger Weise zuwenden, können bei Aufträgen für Bundesbehörden nicht mehr berücksichtigt werden..." Eine Liste mit 15 Organisationen war diesem Erlass beigelegt, darunter die KPD "mit allen ihren Unterorganisationen", die FDJ, die VVN und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. -

Damit war erstmals von der Bundesregierung die angebliche Verfassungsfeindschaft der KPD öffentlich erklärt worden - das Verbot blieb nur noch eine Frage der Zeit.

Volksbefragung verboten

FDJ verboten

Am 24. April 1951 verbot die Bundesregierung die in ganz Deutschland vorbereitete Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland noch 1951. Es wurde erklärt, eine Volksbefragung sei in der westdeutschen Verfassung nicht vorgesehen und sei daher verfassungswidrig. Durch eine Volksbefragung würde "Druck auf das Parlament" ausgeübt. Das ist die "Demokratie" der Kapitalistenklasse! Soweit trotz Verbot - nunmehr "illegal" - Befragungen durchgeführt wurden, ergab sich eine 70-80%ige Ableh-

nung jeder Wiederaufrüstung. Bei Befragungen in Fabriken und Betrieben ergab sich in der Regel sogar eine 90%ige Ablehnung (so lehnten z. B. 93,5% von 3600 befragten BASF-Arbeitern in Ludwigshafen die Wiederbewaffnung ab).

Im Juni 1951 verbot die Bundesregierung die FDJ.

Im Juli 1951 wurde auch der Rat des Vereins der Verfolgten des Nazi-Regime verboten - vor allem deshalb, weil dieser die verbotene Volksbefragung unterstützt hatte.

Am 23. November schließlich stellte die Regierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD.

Das geschah einen Tag, nachdem Adenauer den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet hatte. Zugleich begannen Verhandlungen mit den westlichen Besatzungsmächten, um die im Potsdamer Abkommen vertraglich festgelegte Aufhebung des Verbots der Rüstungs-Industrie.

In diese Zeit fielen auch die ersten Vorschläge der Kapitalistenverbände für die Einführung einer Notstandsgesetzgebung.

Diese Entwicklung rief eine breite demokratische, anti-militaristische Massenbewegung hervor, in der die Kommunisten eine wesentliche Rolle spielten.

Nachdem der Verbotsantrag gegen die KPD gestellt war, kannte die Polizei-Willkür kaum noch Grenzen. So stürmten am 31. Januar 1952 Polizei-Kräfte zu einer Durchsuchungs- und Beschlagnahme-Aktion die Geschäftsräume der KPD.

Andererseits fand in dieser Zeit am 26. Oktober 1952 das erste Nachkriegstreffen der faschistischen Waffen-SS statt. Während wie zwischen 1933 und 1945 wieder Kommunisten verfolgt wurden, krochen die braunen Ratten aus ihren Löchern.

Anfang Mai 1954 erklärte der Bundesgerichtshof, das KPD-Programm der Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands von 1952 stelle eine "Vorbereitung zum Hochverrat" dar. Unter dem Verdacht der Mitarbeit an dem Programm wurde eine Reihe kommunistischer Funktionäre vorübergehend in Haft genommen.

Im August 1954 erging Haftbefehl der Bundesanwaltschaft Karlsruhe gegen den KPD-Vorsitzenden Max Reimann, der sich zu dieser Zeit in der DDR befand. In Haft genommen wurden die Mitglieder des Parteivorstandes Jupp Angenforth, Karl Zemke, Fritz Rische und Oskar Seifert.

17. August 1956:

KPD-Verbot

Am 23. November 1954 begann beim Bundesverfassungsgericht der KPD-Prozess.

Am 17. August 1956 schließlich wurde die KPD als "verfassungswidrig" verurteilt, die KPD aufgelöst und alle "Ersatzorganisationen" verboten, das Vermögen der KPD beschlagnahmt. Unmittelbar nach dem Verbot besetzten in

einer von langer Hand vorbereiteten bundesweiten zentralen Aktion **Polizeikräfte** sämtliche Partei-Büros und Zeitungsgebäude der KPD. Akten und anderes Material wurden beschlagnahmt, Verhaftungen vorgenommen.

Das KPD-Verbot wurde gerade in dem Jahr ausgesprochen, wo der Bundestag die Wiederaufrüstung beschloß.

Auf dieser Grundlage konnte relativ ungestört der Aufbau bewaffneter Einheiten gerade auch für den Einsatz im Inneren vor sich gehen :

- der Aufbau bewaffneter Werkschutzeinheiten
- die Ausrichtung und Bewaffnung des Bundesgrenzschutz für den Einsatz im Inneren, d. h. gegen die organisierte Arbeiterschaft
- die Verwendung von Politischer Polizei, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zur Bespitzelung und Verfolgung aller Teile der organisierten Arbeiterschaft, besonders der Kommunisten und linker Sozialdemokraten
- die Verabschiedung der Notstandsgesetze mit Zustimmung der SPD 1968

Das KPD-Verbot bedeutete einen Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse.

Es erlaubte, alle gegen den Kapitalismus auftretenden Arbeiter an jeder betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen Betätigung zu hindern. Gegen kritische Arbeiter wurden sogenannte "Schwarze Listen" angelegt. Einmal auf dieser Liste war es in Zukunft fast unmöglich, noch Arbeit zu bekommen. In den Gewerkschaften wurden Kommunisten und andere verfolgt und ausgeschlossen, wenn sie gegen die Rechts-Entwicklung in der Gewerkschaftspolitik auftraten.

Die SPD-Führung benutzte das KPD-Verbot zur Ausschaltung jeder innerparteilichen Opposition und zur Durchsetzung jenes Kurses, der sie dann 1966 in die Große Koalition mit der CDU/CSU führte. Demokratische, antifaschistische und Friedensorganisationen wurden als "kommunistisch unterwandert" diffamiert und in ihrer politischen Arbeit behindert.

1968 wurde die Veröffentlichung des neuen KPD-Programms durch Beschlagnahme verboten. Die 2. Große Strafkammer des Landgerichts Flensburg hat inzwischen diese Beschlagnahme für unrechtmäßig erklärt und aufgehoben.

Noch 1969 wurde der Kommunist Jupp Angenfort verhaftet und ins Zuchthaus gesperrt auf Grund eines Urteils von 1955.

Verschärfte Auseinandersetzungen

Doch seit der Krise von 1966/67 verschärfen sich die Klassenauseinandersetzungen. Die Arbeiterbewegung nahm einen neuen Aufschwung. Einen besonderen Ausdruck fand die Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus zu - nächst in der Unruhe unter den Studenten. Die Bekämpfung der Studenten-Revolte wurde für die Bundesregierung zu einer Art Modell-Fall.

Ein Jahr nach den Oster-Unruhen (April 68, aus Anlaß des Anschlags auf Rudi Dutschke) legte CDU-Innenminister Benda am 25. März 69 einen umfassenden Bericht "über den Linksradikalismus" vor. Mit Genugtuung konnte Benda feststellen, daß die Gewerkschaften sich deutlich von den Studenten distanzieren hätten. "Auch in der Arbeiterschaft selbst sind keine Ansätze für eine Solidarisierung zu erkennen. Für eine ähnliche Aktionseinheit (wie in Frankreich im Mai 68) zwischen Arbeiter- und Studentenschaft fehlt in der BRD gegenwärtig noch jede Grundlage." - Trotzdem entwickelte Benda am Modell der Studenten-Revolte ideologisch und polizei-technisch eine Strategie für die

kommenden Jahre.

Benda faßte die Erfahrungen von 1966 bis 1969 so zusammen :

"Wenn die gezielte Agitation (der "Radikalen" bereits begonnen hat, ist es meistens zu spät. Dies sollte Veranlassung geben, Konfliktherde, die künftig neue Angriffsziele abgeben könnten, rechtzeitig in die öffentliche Diskussion einzuführen und in abwägend-wertender Form und deutlicher Sprache dazustellen. Diese Aufklärungs- und Angriffs-Strategie dürfte schon weitgehend hindern können, daß revolutionäre radikale Energien zur Entfaltung kommen..."

Übertragen von der Studenten-Revolte auf die Arbeiterbewegung heißt das : man darf die Kommunisten gar nicht erst zum Zuge kommen lassen, denn sonst ist es für die Kapitalisten "zu spät". Der "Konfliktherd" Arbeiterbewegung muß "rechtzeitig" propagandistisch wie auch polizei-technisch unschädlich gemacht werden.

Im Einzelnen sieht diese konterrevolutionäre Strategie so aus :

Zuckerbrot ...

① Liberale Reform- oder Scheinreform-Politik, verbunden mit umfassender reformistischer Propaganda. Mit Hilfe der Staats- und Presse-Organen soll der Opportunismus bis in die Reihen der "Radikalen" selbst hineingetragen werden, vor allem aber ihre gesellschaftliche Basis zerstört werden. Das ist die Politik der SPD/FDP-Regierung. Ausdruck dieser Politik sind :

- ein Neuentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz, der die Rechte des Einzelnen stärkt, aber die Rechte der Arbeiterschaft insgesamt und ihrer Organisationen schwächt. Der die politische Betätigung im Betrieb nicht schlechthin verbietet, aber es dem Kapitalisten überläßt, welche Art von Betätigung er zulassen will
- Vermögensbildung, die auf ein Zwangssparen hinausläuft und gleichzeitig geeignet erscheint, den Arbeiter materiell stärker an den Kapitalismus zu binden, obwohl klar ist, daß kein Arbeiter es dabei je zu Vermögen bringen wird
- Mitbestimmung, die den Arbeitern vortäuschen soll, sie hätten im Betrieb "auch etwas zu sagen", aber die Allein-Bestimmungs-Rechte des Kapitalisten nicht berührt.

Im Rahmen dieser Politik ist auch zu verstehen, daß Bundesregierung im Herbst 1968 "grünes Licht" für Gründung der DKP gab.

Das Kapital braucht diese DKP, die aus Angst vor dem - weiterhin aufrechterhaltenen ! - KPD-Verbot immer weiter nach rechts rückt und in Teilen der organisierten Arbeiterschaft Verwirrung und Illusionen stiftet.

Bereits im November 1967 hatte Willy Brandt erklärt :

"Ich bin sehr dafür, daß es bei uns in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei gibt."

(BILD, 11. Nov.)

"Sehr dafür" - unter einer Bedingung : "Die Kommunisten brauchten sich bei der Gründung nur an den durch Grundgesetz und Verfassungsgericht gezogenen Rahmen zu halten." (Brandt)

Die neue Partei müsse sich in den Schranken des KPD-Verbots halten, dürfe also z. B. nicht die Diktatur des Proletariats propagieren.

Das bedeutet doch : "sehr dafür", daß Verwirrung gestiftet wird. "Sehr dafür", daß sich irgendwelche Leute (nur Kommunisten dürften halt nicht sein) zur "Kommunistischen Partei" ernennen und ihren reformistischen (oder wahlweise auch "links"sektiererischen) Schmus der Arbeiterklasse als "kommunistische Poli-

tik" anbieten - aber strikt dagegen, daß wirkliche Kommunisten den Marxismus-Leninismus unter den Arbeitern propagieren. Strikt dagegen, daß eine revolutionäre Arbeiterpartei in der BRD entsteht.

Selbst die Revisionisten mußten eingestehen, daß ihre Partei nur eine "Partei vor Regierungsgnaden" sein könne, "weil ihr bei der geringsten Abweichung von dem regierungsamtlich vorgeschriebenen Kurs die Auflösung als Ersatzorganisation der verbotenen KPD und die Verhaftung ihrer Führer und Funktionäre drohen würde."

(Grete Thiele, in: WISSEN UND TAT, theoretisches Organ der verbotenen KPD, Mai/Juni 1967).

Dem ist nach dreijähriger Existenz der DKP nichts hinzuzufügen!

... und Peitsche

② Neben der "weichen" Methode steht die harte. Verbot und Unterdrückung kommunistischer und linkssozialdemokratischer Organisationen und Gruppen werden vorbereitet.

Das richtete sich zunächst gegen die Studenten-Revolution. 1967/68 wurde der SDS nur deshalb nicht verboten, weil der Staats-Apparat den davon ausgehenden "Solidarisierungseffekt" fürchtete.

Nachdem sich der SDS weitgehend selbst zugrunde gerichtet hatte, liquidierte der Staatsapparat durch Verbot den Heidelberger SDS, der schon früh die Notwendigkeit der Betriebsarbeit erkannt und in der Auseinandersetzung einen relativ vernünftigen Standpunkt eingenommen hatte. Damit war dem SDS der Todesstoß versetzt - das Feld war freigeräumt für den revisionistischen AMS (jetzt MSB).

Aber die Studenten-Revolution war für die Kapitalisten-Klasse ein verhältnismäßig kleiner Fisch, verglichen mit der Kraft der organisierten Arbeiterklasse.

Kürzlich, wenige Wochen vor Beginn der Tarifikämpfe in der Chemie-Industrie, setzte daher die Bundesregierung über das Bundesinnenministerium eine umfassende Propaganda-Kampagne gegen die Kommunisten und die Kerne fortgeschrittener Arbeiter in den Betrieben in Gang.

Der Vorsitzende des Kapitalistenverbandes BDI, Sohl, forderte die Zerschlagung der Kerne fortgeschrittener Arbeiter in den Betrieben.

In Nordrhein-Westfalen forderte ein SPD-Abgeordneter den Minister Figgen auf, Vorbereitungen auf eventuelle "Ausschreitungen" in der kommenden Chemie-Runde durch Bereitstellen von Polizeikräften zu treffen.

Der Verfassungsschutz bemüht sich nachzuweisen, daß die DKP in ihren Zielen identisch sei mit der verbotenen KPD.

Gleichzeitig aber läßt er erkennen: für eigentlich gefährlich hält man die DKP gar nicht. Gefährlich seien vielmehr die "maoistischen" Gruppen und Organisationen, "die der DKP neuerdings die Mitglieder streitig machen".

Einen Antrag auf Verbot der DKP lehnte die SPD ab mit der Begründung: Zur Zeit nicht opportun.

Zielsetzung dabei ist offensichtlich, die um ihre Legalität vor Regierungsgnaden besorgte DKP-Führung noch weiter in die rechtsopportunistische Ecke zu drängen, und gleichzeitig ein Verbot der für die Kapitalisten wirklich gefährlich erscheinenden kommunistischen Gruppen und Organisationen vorzubereiten.

Es paßt dazu, daß die großbürgerliche FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Juni anlässlich des Tarifikampfes in der Chemie-Industrie unterschied zwischen "kommunistischen und maoistischen Gruppen, von denen sich die Gewerkschaft distanziert" einerseits und der DKP andererseits, die auf "Verbrüderung" mit den IG-Chemie-Führern aus sei.

Es paßt dazu, daß u.a. HAMBURGER MORGENPOST (SPD) und FRANKFURTER RUNDSCHAU am 2. bzw. 3. August gleichgeschaltete Kommentare zu den neuen "Thesen" der DKP-Führung abdruckten. Dort wird die DKP-Führung für ihre "Abgrenzung nach links" ("Maoisten", "Trotzkisten", "Anarchisten") gelobt, aber getadelt wegen ihrer Kritik an der Politik der SPD-Führung. Offen wird versucht, auf den kommenden Parteitag der DKP Einfluß zu nehmen: "Man darf auf die Diskussion (über die Thesen zur SPD) gespannt sein". In der Tat!

Die DKP-Führung scheint diesem Vorgehen der Kapitalistenklasse haargenau die Fehler der SPD von 1933 wiederholen zu wollen. Damals schwieg die SPD zur faschistischen Gefahr und schlug stattdessen nach links, in der Hoffnung, so der eigenen Illegalisierung zu entgehen.

Heute sehen wir, daß der UZ der DKP die größte Polizeiaktion der Nachkriegsgeschichte, die offene Einführung des Notstandes, der Tod von Petra Schelm nur eine winzige Notiz wert war. "Abgrenzung" von dem "winzigen anarchistischen Grüppchen" schien den Revisionisten dabei weit wichtiger zu sein als das Aufzeigen der politischen Funktion dieser Polizei-Übung.

Offensichtlich soll die Gefahr, die hier der Arbeiterklasse droht, bewußt heruntergespielt werden. Aber die DKP-Führung sollte sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich letzten Endes die Schläge der Kapitalistenklasse gegen die "Maoisten" - d.h. gegen die aktivsten kommunistischen Gruppen und Organisationen - auch gegen die DKP richten werden.

Polizeiaktion vom 15. Juli — ein Signal!

Im Lichte solcher Vorbereitungen erscheint die Jagd auf das Phantom "Baader-Meinhof-Gruppe" als das, was sie ist: eine langfristige Provokation der Kapitalistenklasse, die sich unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung die Möglichkeit schaffen will:

durch Demonstration staatlicher Macht die Bevölkerung einzuschüchtern und so den Einfluß des Opportunismus und Sozialdemokratismus auf die Arbeiterklasse zu stärken

alle revolutionären Kräfte durch Kriminalisierung zu isolieren, indem ihnen irgendwelche Straftaten angehängt werden oder indem sie mit ihnen in Verbindung gebracht werden, um ein Verbot vorzubereiten

die Bevölkerung an den Anblick para-militärischer Polizei-Aufmärsche, Straßenkontrollen usw. zu gewöhnen und so Schläge gegen die gesamte organisierte Arbeiterschaft vorzubereiten

den Polizeiapparat selbst auszubauen und in Gang zu halten, um damit den Übergang von der demokratischen Herrschaft der Kapitalistenklasse zum offenen Polizei-Staat vorzubereiten.

15 Jahre nach dem KPD-Verbot stehen wir also - bei realistischer Einschätzung - einer Ausweitung des KPD-Verbots weit näher als seiner Beseitigung.

Wenn wir heute vom Wiederaufbau der Kommunistischen Partei reden, so auch unter dem Gesichtspunkt, daß die Kapitalistenklasse uns dafür nicht mehr sehr viel Zeit lassen wird.

Arbeitspapier von 11 kommunistischen Organisationen und Gruppen zum einheitlichen Vorgehen in der Metall-Tarif-Kampagne

Auf einer Beratung kommunistischer Zirkel aus verschiedenen Städten Westdeutschlands und aus Westberlin über ein gemeinsames Vorgehen in der Metalltarifrunde ist die folgende Minimalplattform für die Einschätzung der Klassenkämpfe der nächsten Zeit erstellt worden.

Bei der Beratung sind eine Vielzahl strittiger Punkte aufgetaucht, über die wir weiterhin diskutieren werden, mit dem Ziel weitergehender Vereinheitlichung.

Wir sind nicht der Meinung, daß die unterzeichnenden Organisationen schon den gesamten Kreis derer umfassen, mit denen eine Zusammenarbeit auf dem Boden dieser Plattform und einer weitergehenden Klärung strittiger Fragen erreicht werden könnte.

D. h., wir fordern alle Organisationen, die dieser Plattform zustimmen können, auf, uns ihre Zustimmung mitzuteilen und ihre Bereitschaft zu erklären, sich an den von uns geplanten weiterführenden Diskussionen zur Vereinheitlichung der Zirkel zu beteiligen.

Präambel

Hauptaufgabe einer jeden politischen Kampagne in der Arbeiterklasse ist die Stärkung des Klassenbewußtseins.

Im Zentrum der gegenwärtigen Klassenkämpfe stehen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie gegen das Lebensniveau, die politischen Rechte, und die Ansätze zur politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Gegen diese Angriffe auf ihr Lebensniveau hat sich die Arbeiterklasse in den letzten Jahren durch Lohnkämpfe zur Wehr gesetzt.

In diesen Kämpfen dokumentierte sich von Jahr zu Jahr eine steigende Kampfbereitschaft. Diese Kampfbereitschaft im Lohnkampf blieb jedoch in den ideologischen Fesseln der Bourgeoisie befangen und steht gegenwärtig in Gefahr, der Allseitigkeit des Angriffs der Bourgeoisie zu erliegen, wenn es den Kommunisten nicht gelingt, die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten. Die Strategie der Bourgeoisie in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsführung, die Arbeiterklasse zu Kämpfen zu provozieren und in Niederlagen zu treiben, die Kampfbereitschaft langfristig zu zerstören, ist dabei von den Kommunisten besonders zu bekämpfen.

Das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse ist dadurch gekennzeichnet, daß angesichts der Angriffe der Bourgeoisie und der Steigerung der eigenen Kampfbereitschaft die Unzufriedenheit mit der SPD zugenommen hat.

Seitdem die SPD Regierungspartei ist, hat die Tendenz zur Lösung der Arbeiter von der Sozialdemokratie zugenommen. Eine SPD, die nicht mehr in der Lage ist, die Arbeiterklasse fest an sich zu binden und von ökonomischen Kämpfen zurückzuhalten, ist aber für die Bourgeoisie als Regierungspartei uninteressant. Immer deutlicher setzen die Verbän-

de der Kapitalisten auf die CDU/CSU. Gleichzeitig schaffen sie jetzt schon die Voraussetzung für eine terroristische Zerschlagung der sich wieder entwickelnden Arbeiterbewegung durch Notstandsgesetze und den Ausbau der Polizei einerseits, andererseits durch konsequente Unterdrückung sozialistischer und kommunistischer Organisationen, sowie durch zielstrebige Unterstützung faschistischer Organisationen.

Die Loslösung der Arbeiterklasse von der SPD in den ökonomischen Kämpfen führt nicht automatisch zur politischen Klarheit und zur selbständigen Klassenpolitik. So gilt es der von der Bourgeoisie betriebenen Desorientierung durch soziale Demagogie in Agitation und Propaganda entgegenzutreten.

Wir gehen von der Einschätzung aus, daß wir in den Tarifkämpfen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie führen müssen und nicht die Hauptagitationslinie auf die Entlarvung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer richten dürfen.

Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse über das Wesen ihres Klassenfeindes aufzuklären, die eigenen Klassenziele zu entwickeln und die Arbeiterklasse aus allen politischen und ideologischen Fesseln zu befreien, die sie bei der Verfolgung ihrer Klassenziele behindern.

In der Tarifauseinandersetzung müssen wir umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie aufklären und die Arbeiterklasse nicht nur propagandistisch, sondern auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorbereiten und diese organisieren.

Plattform

Die Aufgaben der Kommunisten in der kommenden Metallrunde

1. Da die Aufstellung von Lohnforderungen von der IGM-Führung bewußt hinausgezögert wird, werden wir angesichts der Unklarheit und Zersplitterung der Belegschaften eine einheitliche Forderung in den Betrieben propagieren.

Eine solche Forderung muß nach unserer Einschätzung der Kräfteverhältnisse bei 120,- DM mehr im Monat liegen. Das entspricht je nach Region 12 - 15 % auf den Ecklohn. Sollten aus den Betrieben heraus anderslautende einheitliche Forderungen aufgestellt werden oder sollte die IGM-Führung Forderungen in der Arbeiterklasse durchsetzen, werden wir diese aufnehmen und unterstützen.

PAROLE

MINDESTENS 120.-DM FÜR ALLE

2. Um den tatsächlichen und unmittelbaren Interessen der Metallarbeiter gerecht zu werden, muß das Schwergewicht der Lohnforderung auf der Absicherung der Effektivlöhne liegen, und zwar in der konkreten Form einer entsprechenden Vorweganhebung. Auch dieser Punkt ist in seiner allgemeinen Form bereits Gegenstand der vorbereitenden Agitation und Propaganda.

PAROLE

ABSICHERUNG DER EFFEKTIVLÖHNE DURCH VORWEGANHEBUNG

3. Das Auslaufen der Lohnrahmentarifverträge setzt die Forderung nach Streichung der Leichtlohngruppen wieder auf die Tagesordnung.

PAROLEN

WEG MIT DEN LEICHTLOHNGRUPPEN

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

GLEICHER LOHN FÜR MÄNNER UND FRAUEN

4. Das Vertreten dieser konkreten, an den Kapitalbewegungen orientierten Kampfziele einerseits und andererseits die Agitation und Propaganda, die die allgemeinen Lehren aus der ökonomischen und politischen Entwicklung in die Arbeiterklasse trägt, stellen für uns zwei Seiten ein und derselben Sache dar, die auch ein und demselben Ziel dienen. Die Agitation und Propaganda muß daher schwerpunktmäßig von der Frage der kapitalistischen Krisen, als Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus, ausgehen, die Frage der Unversöhnlichkeit der Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie systematisch vorantreiben, um auf die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisie durch das Proletariat aus der heutigen konkreten Situation heraus hinzuzielen.

PAROLE

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE

5. Einen Schwerpunkt muß demnach (auch bereits in der Phase der vorbereitenden Agitation und Propaganda) der Kampf gegen die Sozialpartnerschaftsideologie bilden und zwar in der konkreten Form der Forderung nach Austritt der Gewerkschaften aus der "Konzertierten Aktion", wie sie bereits von fortschrittlichen Gewerkschaftern mit immer mehr Nachdruck vertreten wird.

PAROLE

RAUS AUS DER KONZERTIERTEN AKTION

6. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse wird während des kommenden Herbstes nicht nur auf der Ebene des Lohnkampfes stattfinden. Zugleich mit den Tarifauseinandersetzungen steht die Verabschiedung des BVG im Bundestag an. Wir werden die politische Agitation und Propaganda gegen das BVG verstärkt auch während der Tarifrunde in die Arbeiterklasse tragen und versuchen, die einheitliche ökonomische und politische Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu erreichen.

PAROLE

KAMPF GEGEN DAS ARBEITERFEINDLICHE BVG

7. Wegen des zuungunsten des Proletariats verschobenen Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist die volle Ausschöpfung der Kampfkraft der Arbeiter in der Metallindustrie zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen unbedingt und uneingeschränkt erforderlich. Die "Nadelstichtaktik" (punktuelle Bestreikung einzelner Betriebe), wie sie in den vergangenen Kämpfen der Chemiewerker von der IG-Chemie-Führung praktiziert wurde, ist weder geeignet, die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen, noch trägt sie zur Vereinigung der Arbeiterklasse bei.

Wir werden aufgrund der Erfahrungen aus den Metallkämpfen 70 und den Chemiekämpfen 71 folgende konkrete Kampfformen in Betrieben und Gewerkschaften zu propagieren versuchen: Unser Ziel ist dabei, die Zersplitterung der Kampfkraft in zahlreichen Warnstreiks und regionalen Sonderbewegungen zu überwinden. D. h.:

- Bei Warnstreiks: Aufforderung zur Demonstration außerhalb der Betriebe
- Organisation zentraler Kundgebungen durch die Gewerkschaften
- Durchsetzung von Urabstimmungen der Belegschaften über die Verhandlungsergebnisse der Tarifkommission
- Unterstützung der Verhandlungskommissionen durch Demonstrationen zu den Verhandlungsorten, besonders bei Schlichtungsverhandlungen durch staatliche Stellen.

Hier sind entsprechend der Entwicklung der Tarifkämpfe Losungen aufzustellen, die sich wenden gegen Spaltungsversuche der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer und die den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse propagieren.

8. Die Tarifauseinandersetzungen müssen von den fortschrittlichen Kollegen zu einem weiteren Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer und ihre Handlanger aus-

geweitet werden mit dem Ziel, die Gewerkschaft wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen: Kampf gegen das Kapital heißt heute für die fortschrittlichen Kollegen notwendig zugleich gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer, die sich im Kampf des Proletariats gegen das Kapital längst auf die Seite des Kapitals geschlagen haben.

PAROLE

MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN WIEDER ZU EINER KAMPFORGANISATION DER ARBEITERKLASSE

9. Die ml-Zirkel müssen in den Kämpfen der Arbeiterklasse die Auseinandersetzung um die richtige Linie der Arbeiterbewegung führen. D. h. zugleich, daß falsche politische Tendenzen in der Arbeiterklasse bekämpft werden müssen. Wir müssen in der Tarifrunde die Rolle der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit der Lösung der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Ideologie des Reformismus und von seinen Vertretern in der "linken" SPD aufzeigen. Diese Lösung von der SPD kann nur erfolgen durch die Entwicklung der richtigen Linie in der Arbeiterbewegung. In der gegenwärtigen Situation noch wenig entfalteter Kämpfe der Arbeiterklasse bedeutet dabei der rechte Opportunismus die Hauptgefahr für die Entwicklung der politischen und ideologischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Das bedeutet nicht, daß wir die Aktionseinheit mit der DKP/SEW zurückweisen müßten, viel mehr streben wir an, die Auseinandersetzung mit der DKP/SEW in Aktionsbündnissen während der Tarifrunde und im Kampf gegen das BVG vor der Arbeiterklasse zu führen.

ARBEITERBASISGRUPPEN MÜNCHEN
KAB HAMBURG
KOMMUNISTISCHER BUND BREMEN
KOMMUNISTISCHER BUND GÖTTINGEN
KB/ML FLENSBURG
KB/ML WESTBERLIN
SALZ BREMERHAVEN
SALZ HAMBURG
SOZIALISTISCHE BETRIEBSGRUPPE REGENSBURG
SOZIALISTISCHE BETRIEBSGRUPPE TEMPELHOF
SDA (SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI)

ZU EINIGEN PUNKTEN DER DISKUSSION

Das Treffen vom 25. Juli war die erste Gelegenheit, daß eine so große Zahl kommunistischer Organisationen und Gruppen aus verschiedenen Städten versammelt war.

Es war daher zu erwarten, daß in der Diskussion Meinungsverschiedenheiten auftraten. Wegen der Beschränktheit der Zeit konnten diese Fragen allerdings nur angesprochen, nicht aber ausdiskutiert werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf.

Hier ging es zunächst darum, die Hauptkampffront in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen zu bestimmen, und von daher die Aufgaben der Kommunisten in der aktuellen Situation allgemein und in der kommenden Metall-Tarif-Kampagne im besonderen festzulegen.

Ökonomischer Kampf Hauptfront ?

Einige Genossen vertraten die These: "Der Klassenkampf ist heute noch hauptsächlich ökonomischer Kampf" und "Die Hauptfront des Klassenkampfes in Westdeutschland ist gegenwärtig noch die des ökonomischen Kampfes."

Im Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie kennzeichnet diese These aber nur die eine Seite, und zwar die der Arbeiter. Die Arbeiter führen in der Tat ihren Kampf hauptsächlich noch als ökonomischen Abwehrkampf. Sie führen ihren Kampf auch nicht als Klassenkampf im eigentlichen Sinn, d. h. als Kampf, in dem eine Klasse bewußt und geschlossen der anderen gegenübertritt.

Hierin sind die Arbeiter von Anfang an der organisierten Kapitalistenklasse unterlegen, die den Kampf allseitig führt, d. h. politisch, ideologisch und natürlich auch ökonomisch. Hier wären zu nennen die geplante BVG-Reform, Verbreitung der Partnerschafts-ideologie, Konzertierte Aktion, Beeinflussung der Arbeiter durch sozialdemokratische Organisationen, Vorbereitung auf gewaltsame Zerschlagung jeder selbstständigen Arbeiterbewegung u. a.

Dieser Allseitigkeit hat die Arbeiterklasse noch sehr wenig entgegenzusetzen. Die These vom ökonomischen Kampf als "Hauptfront des Klassenkampfes" ist allerdings kaum geeignet, der Arbeiterklasse gerade diese Allseitigkeit bewußt zu machen, was die Aufgabe der Kommunisten sein mußte.

Einige Genossen meinten aber, daß sogar die Kapitalistenklasse zur Zeit den Klassenkampf noch in erster Linie als ökonomischen Kampf führe. Diese Behauptung bezogen sie auch auf die Bundesregierung. Dabei wird nicht erkannt, daß der Staat als Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze in allen seinen Handlungen Ausdruck kapitalistischer Politik schlechthin ist. Das Eingreifen des Staates z. B. in ökonomische Kämpfe (Chemie-Schlichtung) ist bereits Politik. Engels beschreibt, daß der Staat "in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse (ist), die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse." (Der Ursprung der Fa-

milie, des Privateigentums und des Staates). Aus demselben Grunde spottete Lenin über die Ökonomen, die den "ökonomischen Kampf gegen die Regierung" propagierten (Was tun ? Kap. IIIa, letzte Absätze). Der Staat ist politisches Organ der Kapitalistenklasse und höchster Ausdruck der Allseitigkeit des Kampfes gegen die Arbeiter. Hier seien nur genannt: der Kampf gegen die proletarische Jugend an den Schulen, die bürgerliche Klassenjustiz, Aufrechterhaltung von Polizei und Militär, Notstandsgesetze und KPD-Verbot.

Den Kampf auf allen Ebenen führen !

Die genannten Thesen über die gegenwärtige Rolle des Staates (hauptsächlich ökonomischer Kampf) und die Hauptfront im Klassenkampf (ökonomischer Kampf) könnten zu falschen Schlußfolgerungen über die Aufgaben der Kommunisten führen und führen bei einigen Genossen in der Tat dazu. In der Präambel der Plattform sind diese Dinge richtig gestellt. Es heißt da: "Im Zentrum der gegenwärtigen Klassenkämpfe stehen die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie gegen das Lebensniveau, die politischen Rechte und Ansätze zur politischen und ideologischen Selbstständigkeit der Arbeiterklasse. Gegen diese Angriffe auf das Lebensniveau hat sich die Arbeiterklasse in den letzten Jahren durch Lohnkämpfe zur Wehr gesetzt." Als Aufgabe der Kommunisten benennt die Präambel demnach:

"In den Tarifaueinandersetzungen müssen wir umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie aufklären und die Arbeiterklasse nicht nur propagandistisch, sondern auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorbereiten und diese organisieren."

Die Präambel zeigt klar den Charakter (Allseitigkeit) und die Hauptstoßrichtung (Offensive des Kapitals) der gegenwärtigen Kämpfe sowie andererseits die Unzulänglichkeit der bloß ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse. Von daher werden die Aufgaben der Kommunisten nicht verkürzt auf "Unterstützung und Anleitung ökonomischer Kämpfe", sondern in ihrer Allseitigkeit gefaßt.

Einengung der Agitation und Propaganda

Die falsche einseitige Kennzeichnung der ökonomischen Kämpfe als "Hauptfront des Klassenkampfes" bringt eine gefährliche Tendenz zur Einengung der kommunistischen Agitation und Propaganda, die allseitig entfaltet werden muß.

"Unsere größte Sünde besteht im Herabdrücken unserer politischen und organisatorischen Aufgaben auf das Niveau der nächsten 'greifbaren', 'konkreten' Interessen des ökonomischen Tageskampfes." (Lenin, Was tun ?)

Besonders krass und anschaulich kam das in den offenen ökonomistischen Ausführungen des Genossen von den Marxisten-Leninisten Hannovers zum Ausdruck (der dann ja auch die gemeinsame Plattform nicht unterschreiben mochte), der kurzerhand erklärte, man möge doch Lenins WAS TUN "nicht orthodox interpretieren", überhaupt sei der "Lohnkampf immer schon politisch aus sich selbst heraus", der "Anspruch des allseitigen Kampfes nicht einzulösen" und der ökonomische Kampf

werde sich in der realen Agitation als politischer Kampf entfalten".

Andere Genossen zogen aus der richtigen Feststellung, daß gegenwärtig die Arbeiter "noch nicht einmal oder nur ansatzweise den ökonomischen Kampf führen", die falsche - und in der Tendenz ökonomistische Feststellung - man müsse "aus dem ökonomischen Kampf die politische Entwicklung vorbereiten". Dahinter steht meist die Tatsache, daß unter den gegebenen Umständen die Entfaltung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse keine leichte Aufgabe ist und kurzfristig durchaus keine "greifbaren Erfolge" zu erwarten sind. Sich darauf zu beschränken, in die spontan gegebenen ökonomischen Abwehrkämpfe "einzusteigen", sich an sie anzuhängen - das ist Ausdruck des Zurückweichens vor den wirklichen Hauptaufgaben der Kommunisten.

Es wurde sogar erklärt, politische Fragen dürften "nicht von außen an die Arbeiterklasse herangetragen werden". Das fand seinen Ausdruck in der Diskussion um eine zentrale Kampagne gegen das BVG (ausführliche Information der Belegschaften, öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, Sternmarsch auf Bonn während der Arbeitszeit), die von einigen Genossen vorgeschlagen war. Diejenigen, die dagegen waren, politische Fragen "von außen an die Arbeiterklasse heranzutragen", waren selbstverständlich der Meinung, das BVG dürfe "nicht in den Mittelpunkt gerückt werden" gegenüber der "zentralen Bedeutung der Lohnkämpfe", ein BVG-Kampagne dürfe nicht Schwerpunkt sein.

An dieser Frage wird sehr konkret, daß die einseitige Hervorhebung des ökonomischen Kampfes zur Einengung der kommunistischen Agitation und Propaganda führen muß.

Die extreme Gegenposition vertrat ein Genosse von der Roten Garde Kiel, der erklärte, "keine Aussage zum BVG machen" zu können, dann aber doch meinte, eine BVG-Kampagne wäre ja bloß "politische Agitation auf ökonomischen Boden", d. h. ökonomistisch.

Die zentrale Bedeutung einer BVG-Kampagne als beispielhafte Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf wird dabei erheblich unterschätzt. Bei einigen Genossen schien auch ein Mißverständnis des politischen Kampfes vorzuliegen, als sei dessen einzige Form der revolutionäre Kampf (seitens der Arbeiter) bzw. der repressive Kampf (seitens der Kapitalisten).

Vor diesem Hintergrund wurde dann behauptet, daß zur Zeit "die politische Kampf nicht auf der Tagesordnung" sei.

Hier liegt eine Verwechslung eines Teils mit dem Ganzen vor. Der politische Kampf hat sehr viele Formen. Gegen diese jeweiligen Formen - die natürlich heute nicht im Gegensatz revolutionärer - repressiver Kampf stehen - haben die Kommunisten den Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren. Der Kampf gegen den BVG-Entwurf, gegen die Konzertierte Aktion usw., das ist politischer Kampf, der zweifellos auf der Tagesordnung steht.

Man könnte einwenden, daß ja die Arbeiter diesen politischen Kampf heute noch nicht führen. Daraus kann aber nicht folgen, hinter den Arbeitern herzutreten, "den Hintern des Proletariats zu betrachten" - wie Lenin sagte. Die Kommunisten müssen im Gegenteil alles dazu beitragen, "die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten", wie es in der Präambel zur Plattform heißt.

Das "weitest anwendbare Mittel"

Einige Genossen meinten aber, weil heute die Arbeiter den Kampf in erster Linie oder sogar ausschließlich als ökonomischen Kampf führten, müsse daher auch für die Kommunisten folgen, daß diese Kämpfe der "wichtigste Hebel" wären. Das ist nur eine Neuauflage der alten ökonomistischen These vom ökonomischen Kampf als "weitest anwendbares Mittel zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf" (Was tun? Kap. III, a) Diese Genossen formulierten die aktuellen Aufgaben der Kommunisten folgendermaßen: die bestimmende Seite unserer Hauptaufgabe ist der Wiederaufbau der kommunistischen Partei - die andere Seite unsere Hauptaufgabe ist "die Anleitung, Unterstützung und Vorantreibung des ökonomischen Kampfes". Sehr anschaulich läßt Lenin dazu in "Was tun?" einen Arbeiter sprechen:

"Wozu diese nutzlose Geschäftigkeit, meine Herren, ihr mischt Euch allzu eifrig in Dinge ein, mit, denen wir allein fertig werden, und drückt Euch vor der Erfüllung eurer wirklichen Pflichten, ... Ist doch unter uns, den Arbeitern, die ihr alle unterstützen wollt, indem ihr konkrete, greifbare Resultate verheißende Forderungen formuliert, diese 'Aktivität' bereits vorhanden, und wir selber stellen in unserer täglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit diese konkreten Forderungen häufig ohne jede Hilfe von Intellektuellen auf. Aber eine solche Aktivität genügt uns nicht; wir sind keine Kinder, die man mit dem Brei der 'ökonomischen' Politik allein abspesen kann; wir wollen all das wissen, was auch die andern wissen, wir wollen alle Seiten des politischen Lebens gründlich kennenlernen und aktiv an jedem politischen Geschehnis teilnehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selber wissen, dafür aber uns mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, was wir aus unserer Fabrikenerfahrung und 'ökonomischen' Erfahrung nie lernen können, nämlich politisches Wissen."

Hauptaufgabe der Kommunisten kann nicht sein, die spontanen ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeiter schlechthin zu "unterstützen", obwohl auch das zweifellos wichtig ist. Als Hauptaufgabe muß vielmehr gefaßt werden: umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalistenklasse aufzuklären und die Arbeiterklasse propagandistisch wie auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorzubereiten, wie es in der Präambel zur Plattform heißt.

Die Beschränkung der Arbeiter auf den ökonomischen Abwehrkampf bedeutet auch eine Schwächung für diese ökonomischen Kämpfe selbst. Die Arbeiter sind hierin von vorneherein der allseitigen Kampfführung seitens der Kapitalisten unterlegen.

Daher erweist sich das in der Präambel dargelegte Vorgehen auch als die beste Form wirklicher Unterstützung der Arbeiterklasse in ihren ökonomischen Kämpfen durch die Kommunisten.

Im übrigen erscheint es auch fragwürdig, auf dem Boden von Klassenkämpfen, die sich in ökonomischen Abwehrkämpfen erschöpfen, den Wiederaufbau der kommunistischen Partei in Angriff zu nehmen, da es nicht diese Kämpfe sind, in denen bei den Arbeitern revolutionäres politisches Bewußtsein entsteht und in denen sich wirklich führende Kerne in den Betrieben herausbilden. z. B. scheint festzustehen, daß in einer Reihe ökonomischer Kämpfe Kollegen von der DKP als Führer oder führende Kerne in Erscheinung getreten sind, ohne daß dies irgendwelche politischen Konsequenzen gehabt hätte.

Einheit und Aktionseinheit der Arbeiterklasse

Einige Genossen wollten die Unterstützung der ökonomischen Kämpfe mit der Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse in Verbindung bringen. So wurde etwa erklärt:

Die größten Resultate sind heute in den Kämpfen zu erzielen, in denen die Arbeiter sich vereinigen und die Kraft für die vor ihnen liegenden Aufgaben gewinnen können und müssen. . . unter den heutigen Verhältnissen sind dies immer noch die Lohnkämpfe.

Die Einheit der Arbeiterklasse entstehe im Kampf Klasse gegen Klasse, wobei der Lohnkampf einen "zentralen Stellenwert" habe. In den ökonomischen Kämpfen werde Klassenbewußtsein entwickelt - "nicht durch politische Enthüllungen, sondern in den Kämpfen". Man müsse zunächst einmal in den ökonomischen Kämpfen "die Konkurrenz unter den Arbeitern hinter sich bringen".

Einheit der Arbeiterklasse indessen gibt es nicht auf dem Boden des bloß ökonomischen Abwehrkampfes, sondern nur auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, und in ihrer höchsten organisatorischen und politischen Verkörperung, in der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse.

Von der Einheit der Arbeiterklasse ist zu unterscheiden die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die einen relativ hohen Grad von Vereinheitlichung der Arbeiter im Kampf darstellt, aber deren politische Aufspaltung in Sozialdemokraten, Kommunisten u. a. noch nicht aufhebt.

Daß sich diese Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in den Kämpfen vollzieht und daß diese Kämpfe gegenwärtig nun einmal in erster Linie immer noch ökonomische Abwehrkämpfe sind, ist eine Banalität. Mit demselben Recht kann man feststellen, daß die Arbeiterklasse gegenwärtig überhaupt und ganz allgemein "die größten Resultate" im ökonomischen Kampf erzielt und daher die ökonomischen Abwehrkämpfe "unter den heutigen Verhältnissen" die denkbar beste Vorbereitung auf die sozialistische Revolution sind. Die Frage ist hier, ob man vor der festgestellten Tatsache ehrfürchtig auf dem Bauch liegt, oder ob man gerade die Beschränktheit aufzeigt, die in dieser Lage der Dinge enthalten ist.

Die Arbeiterklasse kann in den bloß ökonomischen Kämpfen nur einen sehr begrenzten Grad von Vereinheitlichung erreichen. Es sind die politischen Kämpfe, in denen die Arbeiterklasse umfassendes Bewußtsein über ihre gesellschaftliche Lage gewinnt und überhaupt erst aus einer Klasse an sich (objektiv) zu einer Klasse für sich (subjektiv) wird. Hier aber ist auch erst der Punkt erreicht, wo im Sinne der leninschen Definition von Klassenkämpfen gesprochen werden kann. Zur Klasse geformt werden die Arbeiter nicht im ökonomischen Abwehrkampf, sondern in der allseitigen Führung ihres Kampfes. Vollends unsinnig ist es, im bloß ökonomischen Abwehrkampf "die Konkurrenz unter den Arbeitern hinter sich bringen" zu wollen. Die Konkurrenz ist ja gerade Ausdruck und Produkt des nur-ökonomischen Kampfes, der Trennung der Arbeiter nach Lohnhöhe, Status im Betrieb, Arbeitern und Angestellten, Ausdruck der Unmöglichkeit, der kapitalistischen Krise durch ökonomische Abwehrkämpfe wirksam zu begegnen usw.

Nie und nimmer kann daher diese Konkurrenz unter

den Arbeitern im bloß ökonomischen Kampf aufgehoben werden, sondern nur im politischen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für eine sozialistische Gesellschaft unter der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse.

Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde allerdings von den Genossen der Roten Garde Kiel: In einem von ihnen vorbereiteten Papier forderten sie "die Herstellung enger Verbindungen zu den Massen auf der Grundlage ihrer objektiven Interessen, d. h. im wesentlichen an der Revolution und der Diktatur des Proletariats."

Das ist eine "links"-sektiererische Illusion, auf dieser Basis unter den gegebenen Umständen enge Verbindungen zu den Massen herstellen zu wollen. Enge Verbindungen werden dort hergestellt, wo sich in den Kämpfen der Arbeiter die Kommunisten als konsequenteste Vertreter erweisen (das reduziert sich natürlich nicht auf den ökonomischen Kampf).

"Wenn man sich mit den Massen verbinden will, muß man den Bedürfnissen und Wünschen der Massen entsprechend handeln. . . Hier gibt es zwei Prinzipien. Das eine lautet: Man muß von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht aber von solchen, die wir uns einbilden. Das andere besagt: Die Massen müssen es selbst wünschen, der Entschluß muß von den Massen selbst gefaßt werden, nicht aber von uns an ihrer Statt." (Mao Tse-tung, Die Einheitsfront in der Kulturarbeit, Okt. 1944, Bd. III).

Das Interesse der Arbeiterklasse an der sozialistischen Revolution, an der Diktatur des Proletariats, ist zweifellos ein objektives Interesse. Es muß daher unverzichtbarer Bestandteil der kommunistischen Propaganda sein. Es ist aber gegenwärtig kein von den Arbeitern gefühltes oder ihnen kurzfristig fühlbar zu machendes subjektives Interesse. Es kann daher auch keine Verbindung zu den Massen vermitteln.

Ökonomischer und politischer Kampf

Über die Frage der Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf wurde lange und heftig diskutiert. Es wurde von einigen Genossen erklärt: "Der zentrale Ansatzpunkt in der Tarifikampagne ist der, durch den ökonomischen Abwehrkampf Klassenbewußtsein zu entwickeln". Fragwürdig ist, ob im bloß ökonomischen Abwehrkampf wirklich Klassenbewußtsein (das ja etwas anderes ist als ein bloßes Erlebnis und Gefühl von Einheit im Lohnkampf) entsteht bzw. entwickelt werden kann. Die Präambel zur Plattform faßt dies besser, wenn dort gesagt wird: "Hauptaufgabe einer jeden politischen Kampagne in der Arbeiterklasse ist die Stärkung des Klassenbewußtseins". Hier wird klar, daß es darum geht, die Tarifikampagne als politische Kampagne zu führen, die also mehr umfaßt als nur "Unterstützen und Anleiten" ökonomischer Kämpfe, wenn aus diesen Kämpfen Klassenbewußtsein hervorgehen soll.

Es ging dann um die These: "Der ökonomische Kampf gewinnt durch das Eingreifen der Kommunisten selbst eine neue Qualität, insofern, als in ihm ein Bewußtsein über die Begrenztheit des gewerkschaftlichen Kampfes und die Notwendigkeit des sozialistischen Kampfes entwickelt wird. Objektiv bringt der gewerkschaftliche Kampf Elemente politischen Bewußtseins hervor." Die Kommunisten hätten die Aufgabe, "in den fortschrittlichsten Forderungen des ökonomischen Abwehrkampfes die Dimension des sozialistischen Kampfes herauszuarbeiten." Die Kommunisten müßten dafür arbeiten, daß die ökonomischen Abwehrkämpfe "eine revolutionäre Richtung erhalten".

Hier waren gewiß jene Genossen im Unrecht, die überhaupt bestritten, daß der ökonomische Kampf Elemente politischen Bewußtseins hervorbringt, und die erklärten, aus dem ökonomischen Kampf könne sich "kein Funken

politischen Bewußtseins" entwickeln.

Lenin selbst erwähnte in diesem Zusammenhang das Wort "Funken": er spricht von "Funken politischen Bewußtseins, die der ökonomische Kampf in den Arbeiter entstehen läßt", auch ohne Eingreifen der Kommunisten. ("Was tun?", Kap. III, c.)

Das lehrt ja auch die Praxis. Das Auftreten der Kapitalistenverbände, das Eingreifen des Staates (Polizeieinsatz, Schlichtung), die Lohnleitlinien und konzentrierte Aktion - das alles läßt auch im ökonomischen Abwehrkampf Elemente politischen Bewußtseins entstehen.

Eine andere Frage ist, ob im ökonomischen Kampf ein Bewußtsein über dessen Begrenztheit und gar über die Notwendigkeit des sozialistischen Kampfes entwickelt werden kann.

Das ist wohl nicht der Fall, sondern hier scheint eher ein Anknüpfen an die alte ökonomistische Auffassung vorzuliegen, man müsse in erster Linie "politische Agitation auf ökonomischem Boden" führen und so "dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen".

In den ökonomischen Kämpfen entstehen Funken, Keimformen des politischen Bewußtseins. Unmittelbare Aufgabe der Kommunisten in den ökonomischen Kämpfen, z. B. in der kommenden Tarifikampagne, muß sein, an diesen "Funken" anzusetzen und sie nach Möglichkeit weiterzuentwickeln, indem aus den verschiedenen konkreten Erfahrungen der Arbeiter (Politik der Gewerkschaftsführung, Eingreifen des Staates mit Lohnleitlinien einerseits und Polizei andererseits usw.) ein weitergehendes Bewußtsein über die Allseitigkeit des Kampfes entwickelt wird.

Das aber ist immer noch politische Agitation auf ökonomischem Boden. Die Wirkung einer solchen Agitation bleibt notwendigerweise beschränkt. Auch die umfassendste kommunistische Agitation und Propaganda kann allein aus den ökonomischen Kämpfen heraus kein sozialistisches Bewußtsein entwickeln. Denn sozialist. Bewußtsein setzt umfassendes, allseitiges Bewußtsein über die eigene gesellschaftliche Lage im Verhältnis zu den anderen Klassen voraus - ein solches Bewußtsein aber kann nicht der ökonomische Kampf hervorbringen, sondern nur der politische.

Die Gefahr des Ökonomismus kann nicht schlechthin in der Führung politischer Agitation auf ökonomischem Boden gesehen werden. Die Kommunisten müssen ja verstehen auf jedem Boden auch politische Agitation zu entfalten. (Die Alternative könnte nur sein, auf ökonomischem Boden überhaupt keine Agitation zu machen, oder jedenfalls keine politische sondern nur eine ökonomische).

Aber die politische Agitation auf ökonomischem Boden kann nie und nimmer Hauptaufgabe der Kommunisten sein.

Wenn Einigkeit darin besteht, daß die Arbeiterklasse gegenwärtig noch ihren Kampf fast ausschließlich als ökonomischen Abwehrkampf, als Lohnkampf führt, und wenn ferner Einigkeit darüber besteht, welch enge Schranken dieser bestehende Zustand der Entwicklung des Klassenkampfes setzt, so kann Hauptaufgabe der Kommunisten nur sein, zur Überwindung dieses Zustandes beizutragen und "die Abwehrfront der Arbeiterklasse auf allen Ebenen des Kampfes zu errichten". (Präambel zur Plattform)

Vorbereitung auf den Kampf gegen die faschistische Gefahr

Diese Feststellung gilt ganz besonders gegenüber der wachsenden Gefahr, daß die Kapitalistenklasse angesichts der Verschärfung ihrer inneren und äußeren

Widersprüche zur Zerschlagung jeder politisch-ideologisch selbstständigen Entwicklung der Arbeiterbewegung schon im Ansatz geneigt sein könnte. Auch zu diesem Problem gab es jedoch unterschiedliche Einschätzungen.

Eine grundsätzliche Differenz schien dabei in der Frage zu liegen, wie man die künftige wirtschaftliche Entwicklung des BRD-Imperialismus und die Entwicklung der Klassenkämpfe einzuschätzen hat.

Nimmt man an, daß die Verwertungsbedingungen des BRD-Imperialismus weiterhin relativ gut sein werden und die Entwicklung der Klassenkämpfe relativ kontinuierlich sein wird (es also nicht zu einer plötzlichen Verschärfung etwa durch eine tiefgehende Wirtschaftskrise kommt), dann erscheinen in der Tat Vorbereitungen auf den Faschismus "nicht aktuell".

Geht man aber davon aus, daß sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals rapide verschlechtern (und dies vor allem aufgrund der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten, d. h. sich verschärfender Konkurrenz), so erscheint auch eine verhältnismäßig rasche Verschärfung der Klassenkämpfe und faschistische Lösungsversuche des BRD-Imperialismus wahrscheinlich.

Zur Konjunkturentwicklung gab es im wesentlichen zwei Standpunkte:

- I. Die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals werden in der sich jetzt abzeichnenden Krise erheblich geringer sein als in der Krise von 1966/67. Die kommende Krise wird demnach erheblich weniger stark sein als 1966/67. Ihr Tiefpunkt wird wahrscheinlich zu Anfang 1972 liegen. Mit einem größeren Einbruch ist nicht zu rechnen.
- II. Der zyklische Abschwung wird sich langsamer durchsetzen als in der Krise 1966/67, aber er wird dann in seinem gesamten Ausmaß die Krise 66/67 übertreffen. Die längere Zeit besonders günstiger Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals sind zur Voraussetzung einer besonderen Verschärfung der Verwertungsfrage und des Klassenkampfes geworden. Hierbei ist auch die besondere Situation des westdeutschen Imperialismus zu berücksichtigen, der aufgrund seiner historischen Entwicklung in besonders hohem Maß zur Expansion und Aggressivität nach außen tendiert, was wiederum die innere Situation beeinflusst. Ferner ist zu nennen das krasse Mißverhältnis zwischen Kapitalexport und Warenexport. Beim Übergang zu verstärktem Kapitalexport (seit der Krise 1966/67) stößt der BRD-Imperialismus unvermeidlich an die Schranken, die von anderen imperialistischen Mächten gesetzt sind.

Die Vertreter der unter I. genannten Einschätzung konnten natürlich auch keine besondere Aktualität der faschistischen Gefahr erkennen. Diese Genossen schienen überhaupt der faschistischen Gefahr relativ gleichgültig gegenüberzustehen und hatten "darüber noch nicht gearbeitet". Hierin geht auch eine ganz bestimmte Einschätzung der politischen Situation der Kapitalistenklasse ein. Einige Genossen meinten nämlich, die CDU/CSU sei "mit Personalproblemen (!) weitgehend paralytisiert", d. h. wohl soviel wie handlungsunfähig. Das aber würde letzten Endes bedeuten, daß der BRD-Imperialismus zur Zeit kaum eine andere Alternative hätte als die pseudo-liberal-reformistische Variante der jetzigen Regierung.

Diese Einschätzung unterschätzt entscheidend die politische Stärke des BRD-Imperialismus, die sich ganz gewiß nicht durch "Personalprobleme paralisieren" läßt. Diese Personalprobleme (z. B. lautstarker Streit um den Kanzlerkandidaten) sind eher Ausdruck der Tatsache, daß sich die CDU/CSU bereits in "Lauerstellung" befindet, recht bald wieder Regierungsposten verteilen zu können.

Auf jeden Fall wären im Ernstfall alle "Personalprobleme" vom Tisch gewischt.

Auf der anderen Seite stand die Einschätzung, daß von der CDU/CSU und ihrer sozialen Demagogie durchaus Gefahren ausgehen, daß die Gefahr einer Ablösung der jetzigen Regierung durch die CDU/CSU und damit einhergehend eine Verschärfung des innen- und außenpolitischen Kurses real ist. Diese Einschätzung schlug sich auch in der Präambel zur Plattform nieder, wo es heißt: "Die Loslösung der Arbeiterklasse von der SPD in den ökonomischen Kämpfen führt nicht automatisch zur politischen Klarheit und zur selbstständigen Klassenpolitik. So gilt es der von der Bourgeoisie betriebenen Desorientierung durch soziale Demagogie in Agitation und Propaganda entgegenzutreten." Und wo ferner gesagt wird: "Immer deutlicher setzen die Verbände der Kapitalisten auf die CDU/CSU. Gleichzeitig schaffen sie schon jetzt die Voraussetzung für eine terroristische Zerschlagung der sich wiederentwickelnden Arbeiterbewegung."

ZUR REISE NIXONS NACH CHINA

Am Abend des 15. Juli gab Nixon in einer Fernsehrede bekannt, daß er "mit Vergnügen" auf Einladung des chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai einen Staatsbesuch in der VR China machen wird, und zwar noch vor Mai nächsten Jahres.

Nixon sprach dabei von einer "bedeutenden Entwicklung unserer Bemühungen, einen dauerhaften Frieden in der Welt aufzubauen".

An die Ankündigung Nixons ist von Seiten der Imperialisten eine große Propaganda-Kampagne mit recht abenteuerlichen Spekulationen geknüpft worden.

So lautete z. B. am 17. Juli die Schlagzeile der BILD-Zeitung: "Nixon reicht Mao die Hand - Den Russen verschlug es die Sprache". Eine BILD-Karikatur zeigt Nixon und Mao Tse-tung im gemeinsamen Ping-Pong-Spiel gegen Breshnew (siehe Abbildung).

Bemerkenswert ist die Übereinstimmung - zumindest in der Propaganda - zwischen den aggressivsten Teilen des Imperialismus einerseits und den Revisionisten andererseits, was die Deutung dieser Reise angeht. So hätte z. B. die genannte BILD-Karikatur ebenso gut in der UZ der DKP zu finden sein können. Denn diese läßt seit Ankündigung der Reise keine Gelegenheit aus, die VR China der "Komplizenschaft" mit dem US-Imperialismus zu beschuldigen.

Wer aber nicht völlig aus den Augen verloren hat, daß die VR China ein sozialistisches Land ist, in dem die Arbeiter und Bauern die Macht ausüben, der wird anerkennen müssen, daß die Imperialisten der Reise Nixons nach außen hin eine Bedeutung zu geben versuchen, die diese nach Lage der Dinge einfach nicht haben kann.

Klar ist weiterhin, daß Komplotte nicht mit Getöse und Reklame-Rummel geschlossen werden, sondern in aller Stille. Wenn also die Imperialisten die angebliche "Annäherung zwischen China und den USA" so laut in alle Himmelsrichtungen posaunen, dann doch ganz offenbar, um Verwirrung zu stiften.

Daß die Revisionisten voll in diese Kerbe hauen, sagt genug!

Friedliche Koexistenz Bei Lenin,...

Was Chinas Politik der Friedlichen Koexistenz angeht, so ist das keine Neue Sache. Die Politik der Friedlichen Koexistenz gehört zu den Prinzipien leninscher Außenpolitik. Lenin erklärte: "Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik wünscht, mit allen Völkern in Frieden zu leben und alle ihre Kräfte auf den inneren Aufbau zu richten..." (Resolutionsentwurf zur Frage der internationalen Politik, VIII. Allrussische Konferenz der KPR/B, Dezember 1919). Entsprechend war der erste außenpolitische Schritt der Sowjet-Regierung ein Vorschlag an alle kriegführenden Völker und ihre Regierungen, "sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen". Lenin begründete diesen Schritt: "Unser Aufruf muß sowohl an die Regierungen als auch an die Völker gerichtet werden. Wir können die Regierungen nicht ignorieren, denn dadurch wird die Möglichkeit des Friedensschlusses hinausgezögert, dies darf aber eine Volksregierung nicht tun. Wir haben jedoch nicht das geringste Recht, uns nicht auch zugleich an die Völker zu wenden." (Rede über den Frieden, II. Allrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 26. Oktober 1917).

Lenin machte aber auch klar: "Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben..." Die Friedliche Koexistenz sei daher lediglich "ein Aufschub des Krieges. Die Kapitalisten werden nach Vorwänden für einen Krieg suchen." (Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR/B, Dezember 1920).

...bei Chruschtschow...

Die Revisionisten leugnen die leninsche Kennzeichnung der Friedlichen Koexistenz als "Aufschub des Krieges". Sie behaupten, daß Friedliche Koexistenz nicht einfach einen krieglosen Zustand bedeute, sondern vielmehr die vielfältigsten Beziehungen zwischen den Staaten, von der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" bis zur "Erforschung des Weltraums".



Springers Wunschtraum

Friedliche Koexistenz bedeute "nicht nur, daß es keinen Krieg zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten gibt. Die Wahrung des Prinzips der friedlichen Koexistenz bietet auch größere Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen zwischen ihnen. Es kommt darauf an, daß die internationalen Probleme am Verhandlungstisch geregelt, Maßnahmen zur Verminderung der Kriegsgefahr und zur internationalen Entspannung vereinbart sowie gegenseitig vorteilhafte Wirtschafts-, Handels-, wissenschaftlich-technische und kulturelle Verbindungen geknüpft werden." (Breshnew, "Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau", 7. Juni 1969). Es ist offensichtlich, daß das mit Lenins Vorstellungen nicht mehr viel zu tun hat.

Wenn jetzt die Revisionisten über die Einladung Nixons ein großes Geschrei anstimmen, so ist diese Haltung widerlich und verlogen.

Man wird die Bedeutung der Einladung Nixons nach Peking überhaupt nicht richtig einschätzen können, wenn man sie nicht sieht vor dem Hintergrund einer jahrelangen antileninistischen "Außenpolitik der friedlichen Koexistenz" durch die sowjetischen Führer.

Es fällt in die Verantwortung der Revisionisten, daß heute dem Imperialismus nicht die geschlossene Front der sozialistischen Staaten gegenübersteht.

So wurde verkündet: "Die friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer und politischer Ordnung ist die wichtigste Frage der Gegenwart." (Schlußwort Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 27. Okt. 61). Die "Friedfertigkeit" und "Vernunft" der imperialistischen Führer wurde überschwenglich gepriesen: "Man muß sagen, daß die wichtigsten Politiker der kapitalistischen Länder immer mehr die Notwendigkeit begreifen, Wege zur Wahrung friedlicher Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern zu suchen und die strittigen Fragen auf friedlichem Weg zu lösen..." (Chruschtschow, Rede auf einer Kundgebung in Bukarest, 24. Juni 1962). "Wir reichen dem Volk und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika freundschaftlich die Hand. Wir möchten unsere Bemühungen um die Lösung aller akuten internationalen Fragen, um die Sicherung des Friedens auf der Erde mit den Bemühungen der Regierungen der USA und anderer Länder vereinen..." (TASS-Erklärung, Prawda, 12 Sept. 1962) Diese Interpretation der friedlichen Koexistenz erscheint recht eigenwillig!...

Wie ein kleinbürgerlicher Pazifist jammerte damals der höchste Führer der Sowjetunion in einem Brief an Kennedy:

"An der Sicherung des Friedens sind alle Menschen interessiert. Daher dürfen wir, denen Vertrauen geschenkt wird und auf denen eine große Verantwortung ruht, keine Verschärfung der Lage zulassen und müssen die Konflikt-herde, in denen eine für den Frieden folgenschwere, gefährliche Situation entstanden ist, beseitigen."

Und er lobte:

"Ich gebe meiner Befriedigung und Erkenntlichkeit für das von Ihnen gezeigte Maßhalten und Ihre Einsicht in die Verantwortung, die Sie jetzt für die Aufrechterhaltung des Friedens in der ganzen Welt tragen, Ausdruck..."

(Brief Chruschtschows an Kennedy, 28. Okt. 1962)

Wie verhielten sich damals alle diejenigen, die jetzt Gift und Galle über die Einladung Nixons nach Peking spucken?...

...und bei Breshnew

Chruschtschow trat ab, aber seine Politik wurde fortgesetzt. Auf der von der KPdSU-Führung einberufenen Spalterkonferenz unter dem klangvollen Namen "Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau" (Juni 69) erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breshnew, unter anderem:

"Wir unterscheiden im kapitalistischen Lager auch einen gemäßigteren Flügel. Die Vertreter dieses Flügels, die zwar unsere klassenmäßigen, ideologischen Gegner bleiben, schätzen das gegenwärtige Kräfteverhältnis in der Welt nüchtern genug ein und sind geneigt, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen für internationale Streitfragen zu suchen. Unser Staat trägt diesen Tendenzen in seiner Außenpolitik Rechnung. Wir werden der Kriegsgefahr weiter den Weg verlegen, in unserer Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben der Aggressions- und Revanchekreise nicht nachlassen, zugleich aber auch nach wie vor alles, was von uns abhängt, tun, um die Brandherde der Kriegsgefahr auf unserem Planeten zu löschen."

In derselben Rede erklärte Breshnew: die VR China sei

① "von der Kritik an der friedlichen Koexistenz zu Anstiftung bewaffneter Konflikte"

② "übergegangen, zu einer Politik, die die Sache des Friedens untergräbt".

③ "Hungern und zum Krieg rüsten - darauf wird das chinesische Volk orientiert."

④ "Die Tatsachen zeugen davon, daß der Maoismus... zum Krieg aufruft, den er als positive geschichtliche Entwicklung ansieht."

Lob für die "gemäßigten", "nüchternen" Imperialisten - unverhohlener Haß gegen das sozialistische China - das ist die Logik des Revisionismus !!

Konsequentester Ausdruck der so umfunktionierten "friedlichen Koexistenz" war die Reise Kossyghins in die USA zu Gesprächen mit Präsident Johnson Ende Juni 1967, kaum drei Wochen nach der zionistischen "Blitzkrieg"-Aggression, die überhaupt nur mit Hilfe und Einverständnis des US-Imperialismus möglich gewesen war.

An dieser Reise ist das jetzige heuchlerische Geschrei der Revisionisten zu messen !

Erinnert sei schließlich noch an den Rechenschaftsbericht Breshnews auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vor einigen Monaten. Breshnew erklärte:

"Die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen würde den Interessen des Sowjetvolkes und des amerikanischen Volkes, den Interessen der Festigung des Friedens entsprechen."

An diesen Worten ist das jetzige Geschrei der Revisionisten über eine mögliche Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu messen ! Dabei handelt es sich schlechterdings um Doppelzüngigkeit und Demagogie !

Kein Verständnis für Einladung

Wenn jetzt die VR China Verhandlungen und Verbesserung der Beziehungen mit den USA anstrebt, so ist das natürlich keine Sensation. Das chinesische Volk strebt Freundschaft mit allen Völkern der Welt an.

Es waren ja nicht die Chinesen, sondern die Imperialisten, die bisher die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern der USA und Chinas zu verhindern suchten.

Eine andere Frage ist es, ob ausgerechnet eine Einladung an Nixon und zu diesem Zeitpunkt notwendig war, da es viele Wege zu Verhandlungen gibt und Staatsbesuche dieser Art ohnehin mehr der Demonstration und Repräsentation dienen als der praktische politischen Arbeit.

Viele Kommunisten können für diese Einladung kein Verständnis aufbringen. Diese Einstellung ist wohlbegründet.

Es sollte aber auch beachtet werden, daß in der Geschichte der KP Chinas eine ganze Reihe von Kompromissen eingegangen wurde, Entscheidungen fielen, scheinbare politische Kehrtwendungen vollzogen wurden - eine Politik, die oftmals zunächst kaum verständlich erscheinen mochte, an deren Ende aber die Gründung der chinesischen Volksrepublik stand. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es heute verfrüht, über die Einladung an Nixon jetzt schon ein abschließendes Urteil zu treffen.

Imperialistische Spekulationen durchkreuzen !

Seitens der Imperialisten gab es lange Jahre hindurch keinerlei Bereitschaft zur friedlichen Koexistenz mit der VR Chinas. Der VR China wurde ein Sitz in der UNO verweigert. Es wurden nicht einmal die normalen zwischenstaatlichen Beziehungen zur VR China aufgenommen. Der US-Imperialismus hält seit über 20 Jahren einen Teil Chinas nämlich die Insel Taiwan besetzt. Erst in jüngster Zeit haben zahlreiche imperialistische Staaten diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen. Das bringt das gewandelte Kräfteverhältnis in der Welt zum Ausdruck. Andererseits sind aber auch gefährliche Spekulationen der Imperialisten nicht zu übersehen, die sozialistischen Länder durch solche diplomatische Manöver gegeneinander ausspielen zu können.

Die Imperialisten glauben natürlich nicht ernsthaft, mit dem chinesischen Volk politisch ins Geschäft zu kommen. Wenn sie in ihrer Propaganda so etwas behaupten, dann offensichtlich nur mit dem Ziel, Verwirrung zu stiften. Die Imperialisten wissen recht gut, daß dort die Arbeiter und Bauern die Macht ausüben und diese Macht auch nicht wieder abgeben werden. Die Imperialisten spekulieren vielmehr darauf, durch eine demonstrative Annäherung an die VR China Druck auf die sowjetischen Führer ausüben zu können, dem US-Imperialismus noch weiter entgegenzukommen.

Die Reiseankündigung Nixons dient zu diesem Zeitpunkt auch dazu, von der Rolle des US-Imperialismus in Südostasien abzulenken und das Zustandekommen eines Friedens in Vietnam zu erschweren.

Niemand wird ernsthaft glauben, daß aus dem reaktionären Scharfmacher Nixon plötzlich ein Friedensengel geworden wäre, der aus lauter Sorge um den "Frieden nicht nur für unsere Generation, sondern für künftige Generationen auf dieser Welt" die Reise nach Peking antreten will.

Hier geht es um handfeste imperialistische Politik.

Alle anti-imperialistischen friedliebenden Menschen hoffen, daß diese Rechnung nicht aufgeht.

Ernst Thälmann : ÜBER GEWERKSCHAFTEN

Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI (Juli 1929)

Nachdruck, ca. 100 S., 3.- DM,

Ernst Thälmann hielt auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ein Referat über "Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien".

Thälmann zeigte in diesem Referat, welche Aufgaben die Zuspitzung der Klassenkämpfe stellte: den Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften. Den Plänen zur Gründung neuer "revolutionärer" Gewerkschaften in Deutschland erteilte Ernst Thälmann eine Absage: gerade der Kurs der Reformisten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordere im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer durch die Kommunisten, um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

Hermann Remmele SCHRITT HALTEN !

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

Nachdruck aus "Die Internationale", "Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus" der KPD, Frühjahr 1930; 100 S., 3.- DM.

Ausgehend vom Kampf gegen die linkssektiererische Merker-Gruppe wird in dieser Schrift die Bedeutung des Kampfes gegen jegliche Form des Opportunismus prinzipiell aufgezeigt und dem Opportunismus die Aufgaben der Kommunisten entgegengestellt. Trotz der verheerenden Erfahrungen der Arbeiterbewegung nach 1933 hat die Diskussion der von Remmele behandelten Fragen auch heute noch Aktualität.

Kein Verständnis für Einleitung



Weder Abenteuer noch Revolten, weder vereinzelter Widerstand noch aussichtslose Versuche, sich einzeln der Reaktion zur Wehr zu setzen, können der Sache dienen, sondern nur das klare Erkennen der Lage, die Ausdauer und Standhaftigkeit der Avantgarde der Arbeiter, die Vorbereitung der Kräfte zum bewaffneten Aufstand.

LENIN